

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 80 Pf.
Wochenspost-Zeitungszettel Nr. 1197.

und
Glück-Auf.

Berechnet werden
Zollrate die dreieckige Petrolle über
deren Raum mit 50 Pf.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Bundes und Publicationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Berantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Unterpölzstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Unterpölzstraße 9.

Inhalt: Die Metall- und Maschinenzölle. (Schluß.) — Der deutsche Metallarbeiterverband — ein Theil der sozialdemokratischen Partei. — Geschäftsbericht der Nordöstlichen Eisen- u. Stahl-Verufsgenossenschaft pro 1901. — D. M.-B.: Bekanntmachung des Vorstandes. Quittung über die im August 1902 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder. — Aus den Agitationsbezirken: Bericht des Bezirksleiters vom 7. Bezirk pro 1. und 2. Quartal 1902. Bericht der Agitationskommission für Südböhmen pro 1. Halbjahr 1902. — Korrespondenzen. — Münchner. — Allg. Kranken- u. Sterbekasse d. Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenz aus Berlin. — Literatur.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von Bügelschleifern nach Wald, Rheinland (Plümacher, Weper) Str.; von Bolzenschmieden nach Schwelm (Gerdes & Co.) St.; von Drehern nach Berlin, nach Offenbach a. Main (Alt.-Ges. f. Schriftgießerei und Maschinenbau) Str.; von Fahrradarbeitern nach Bittau (Phänomenfahrradwerke); von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg und Schwabach (besonders von den Werkstätten M. Büttner, Hünger, Schüpplingen); von Formern und Gießengießerei-Arbeitern nach Erfurt (Trent und Schwade & Co.); nach Piersen (Winzel & Preuß); nach Stuttgart (Hugo Pelargus, Hofergießerei); von Gold- und Silberarbeitern nach Kopenhagen (G. Bentzsch); nach Rathenow (Mitsche & Günther) St.; von Installateuren nach Hamburg (U.); von Kesselschmieden nach Barmen (Siller & Jamar) Str. von Lampen nach Hamburg (U.); nach Ohligs (Manke & Co.) U.; nach Berbst (Giesfeld); von Kupferschmieden nach Ohligs (Manke & Co.) U.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Barmen (Siller & Jamar) Str.; nach Hamm (Steinfeld & Blasberg) U.; nach Heinrichs i. Th. (Simson) D.; nach Lindenenthal b. Köln (Lindenhalter Metallwarenfabrik) M.; nach Paris; nach Pöhlne i. Th. (U. Schöne) M.; nach Suhl i. Th. (Simson) D.; nach Sontheide (Heimendahl & Rademacher) R.; von Metalldrüdern nach Fürth (Metallwarenfabrik Hasselbacher) M.; nach Hamburg; von Metallschlägern nach Techhausen; nach Nürnberg D.; von Nadelarbeitern nach Chemnitz (Stricknadel-Fabrik Matz Müller) R. und M.; von Optischen Industriearbeitern nach Rathenow (Mitsche & Günther); von Reibzeugmachern nach Nürnberg (Löbler) D.; von Rohrlegern nach Hamburg; von Schlossern nach Offenbach a. M. (Alt.-Ges. für Schriftgießerei und Maschinenbau) Str.; von Schmieden nach Görlitz (Wendt & Habicht) Str.; von Zinngießern nach Nürnberg (W. Scherf & Co., Metallwarenfab.) M. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; U.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Misstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Metall- und Maschinenzölle.

(Schluß)

Feuerwaffen sollen folgende Zölle zahlen: Handfeuerwaffen aller Art 90 Pf., Bügel, Federn, Hähne, Läufe, auch Theile von solchen, roh 6 Pf. (gegenwärtig autonomer Tarif 60 Pf., Vertragstarif 6 Pf.), bearbeitet 24 Pf. (60 und 10 bis 24 Pf.), Schlüssel und Verschlusstücke, auch Theile von solchen, zu Handfeuerwaffen, roh vorgearbeitet 40 Pf. (60 Pf. und 24 Pf.), andere 90 Pf. (60 Pf. und 24 Pf.). Uhren: Taschenuhren, auch solche mit Spielwerk in Goldgehäusen per Stück 3 Pf. (3 Pf. und 80 Pf.), in Silbergehäusen 1,50 Pf. (1,50 Pf. und 60 Pf.), aus unedlen Metallen 1 Pf. (50 Pf. und 40 Pf.), Uhrwerke zu Taschenuhren, fertige und Rohwerke 1,50 Pf. (1,50 Pf. und 40 Pf.), Rohwerke 60 Pf. per Doppelzentner), Uhrgehäuse zu Taschenuhren aus Gold 1,50 Pf. (1,50 Pf. und 40 Pf.), aus Silber oder unedlen Metallen 75 Pf. (50 Pf. und 40 Pf.).

Trieben und Untuhen (Balzen) aus Stahl für Taschenuhren per Doppelzentner 60 Pf., Theile von Taschenuhren aus unedlen Metallen 200 Pf. (60 Pf.), Wand- und Standuhren, sowie alle anderweit nicht genannten Uhren mit Uhrwerken oder Spielwerken, Zählwerke, Registriervorrichtungen z. 200 Pf., Uhrwerke aus unedlen Metallen 10 Pf. Alle diese Zölle wurden von der Kommission unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

Konventionserfüllung: Pfeifen-Orgeln 25 Pf. (30 Mark und 20 Pf.), Harmoniums 40 Pf. (30 Pf.), Klaviere aller Art 40 Pf. (30 Pf.), Klavier-Mechaniken und Klaviaturen 55 Pf. (30 Pf.), Streich- und Zupf-Instrumente 30 Pf. (30 Pf. und 20 Pf.), Blas-Instrumente 35 Pf. (30 Pf. und 20 Pf.), mechanische Spielwerke 25 bis 40 Pf. (30 Pf. und 20 Pf.), Tonwerkzeuge, nicht besonders genannt 30 Pf. (30 Pf. und 20 Pf.), Saiten, aus Darm 50 Pf., aus Draht aller Art 100 Pf. (30 Pf. und 120 bis 175 Pf.).

Kindererspielzeug aller Art und Theile davon, auch Christbaumsschmuck 10 Pf. (bisher je nach dem Material Zollsäge von 10, 12, 24, 30, 60 und 150 Pf.).

Nun kam der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen mit seinem Antrag auf Aufhebung eines Zolls von 1000 Pf. auf Orden wieder. Im Tarif ist die Einfuhr derselben zollfrei gelassen, aber im Januar hatten sich Graf Kanitz und mit ihm die Mehrheit selbst gegen die Zollfreiheit dieser überflüssigsten Luxusdingen und für die Verzollung derselben ausgesprochen. Stadthagen wies darauf hin und knüpfte daran die Frage, ob der Satz von 1000 Pf. nicht zu niedrig gegriffen sei? Sodann begründete er seinen Antrag in folgender förmlichen Weise: „Orden seien verschiedener Art, bestanden aus den verschiedensten Stoffen, so daß ein besonderer Abschnitt geschaffen werden müsse. Da Waaren bis 250 Gramm zollfrei sind, so müsse Verzollung ohne Rücksicht auf das Gewicht der Orden einreten. Aus Gründen der „nationalen“ Produktion und der finanz-politischen Bedeutung, aber auch vom Standpunkte der Konsumenten, die Werth auf Orden legen und deren Werthsteigerung durch Ordenskauf erzielen sei, sei er, Redner, für Verzollung. Es handle sich bei ausländischen Orden darum, daß die inländische Produktion der Konkurrenz der ausländischen preisgegeben sei. Und da es sich bei Orden um einen Luxus handle, müsse man hier gerade zeigen, daß dieser der Eitelkeit fröhrende Luxus besteuert werden soll. Redner beleuchtet den moralischen Werth von Orden durch Vortragung verschiedener Sprichwörter und Ausprüche von Humoristen. In Preußen werde ja auf verschiedene Burden und Titel, wie Kammerherren-Titel, eine Steuer gelegt. Diese Besteuerung der Eitelkeit sei ein vernünftiger Rest der übrigens unvernünftigen Luxusbesteuerungs-Arten. Vielleicht könne durch den Ordenzoll das ganze Reichsdefizit gedeckt werden. Eine Liste, die er aufgestellt habe, regele 156 ausländische Orden ohne Rücksicht auf deren Klassen, die Zahl sei noch nicht vollständig. Nämlich man an, daß jeder nur zehnmal im Jahre verliehen würde, dann ergebe das eine Summe von 1,560,000 Pf.; aber die Steigerung der Eitelkeit, auch könnte ein höherer Satz ausgelegt werden. Vielleicht kommt man dann auch zur Besteuerung der inländischen Orden. Das sei eine bessere Finanzpolitik, daß man von denen etwas nehme, die gern etwas geben können und wollen, nicht von denen, die nicht viel haben.“

Die Monarchisten lehnten die Diskussion über den sehr zeitgemäßen und berechtigten Antrag ab und

hierauf diesen selbst. Das war von den Herren sehr egoistisch, denn wenn sie die Ordensdinge vor allen Welt und zum Vergnügen mancher Leute zur Schatztruhen wollen, so sollten sie dafür, wenigstens insofern es sich dabei um ausländische Fabrikate handelt, auch in Form des Zolles etwas bezahlen.

Entschieden gewehrt haben sich die Zünker und Agrarier, von denen die ersten ja die Hauptkonsumenten von Orden sind, gegen die Zölle auf luxuriöse Maschinen und es ist ihnen auch gelungen, den Zoll von 8 bis 9 Pf. auf Dampfpfluglokomotiven zu streichen, so daß dieselben zollfrei importiert werden können und andere bezügliche Zölle zu ermäßigen. Über die Maschinenzölle gab es in der Kommission lebhafte Debatten. Die Sozialdemokraten beantragten konsequent Zollfreiheit, der Freiimmanne Gothein bemühte sich um Ermäßigung der Zollvorschläge der Regierung; indessen ist in beiden Richtungen gegen die komplizierte hochschutzöllnerische Mehrheit wenig erreicht worden. Die Zölle auf die Erzeugnisse der Feinmechanik wurden zutreffend als solche auf die Wissenschaft bezeichnet, zugleich aber betont, daß die feinmechanische Industrie selbst keinerlei Zoll wünsche und denselben geradezu als etwas Unglücksliches erklärt. Man solle aber auch nicht mit solchen überflüssigen Zöllen anreizend auf das Ausland wirken. Molkenbuhr führte aus, daß die Feinmechanik ein Stück Wissenschaft und in Deutschland zu hoher Blüthe gesangt sei. Die Interessenten haben nochmals eine Petition gegen die Zölle eingereicht und darauf hingewiesen, daß man ihre Industrie durch Zölle nur schädigen würde. Das Ansehen der deutschen Institute, welcher dieser Industrie geistige Hilfe leisten, würde herabgesetzt, die Wissenschaft beleidigt. Unsere großen Physiker würden erstaunt sein über diese kleinliche Macht des Entwurfs. Schließlich sei in Deutschland nicht einmal mehr die Wissenschaft zollfrei. Die Zölle wurden aber fast unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen, immerhin wurden verschiedene feinmechanische Erzeugnisse von der Zollliste gestrichen, also zollfrei erklärt, so Polarisationsinstrumente, Bussolen und Kompassse, Modelle von Maschinen und Schiffen aus unedlen Metallen, Präzisionswaagen, insofern sie wissenschaftlichen Zwecken dienen, astronomische, geodätische, nautische, geophysikalische und meteorologische Instrumente, Instrumente für Metrologie und Nächsten, calorimetrische, thermometrische und barometrische Instrumente, optische Meßinstrumente, Apparate und Modelle für Laboratorium und Unterricht.

Die Maschinenzölle waren dem bekannten Sekretär des Schäfsmacherverbandes, dem Abgeordneten Beumer, noch nicht hoch genug, er beantragte deren weitere Erhöhung, hatte damit aber kein Glück. Der Freiimmanne Gothein wies an der Hand der Ausführungsstatistik nach, daß von einer Schädigung der Maschinennindustrie durch das Ausland nicht die Rede sein könne. Gerade der deutsch-russische Handelsvertrag habe die deutsche Maschinennindustrie gefördert. Auch die Beziehungen der Industrie zu England hätten sich verbessert. Deutschland benötigte doch auch der Konkurrenz des Auslandes zur Förderung der Technik. Die Maschinennindustrie könnte noch besser prosperieren, wenn ihm das Rohmaterial billiger würde, darauf hätten die Industriellen ihre Anstrengungen richten müssen, nicht auf Maschinenzölle. Es sei willkürlich, in Position 903 die Bämper mit in diese Rubrik zu ziehen. Uebrigens hieße es den Brandschaden fördern, die Feuersprüche höher zu verzollen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Höch-Gauau bestätigte ebenfalls die erfreuliche

Entwicklung der Maschinenindustrie. Beumer habe sich auf die Rohstoffzölle bezogen. Wenn sich eine Industrie aber so entwickle, die Industriellen immer höhere Profite ziehen, sei es doch ein unverantwortliches Beginnen, den Profitmächtern zu sagen, ihr müßt noch mehr haben und ihnen durch hohe Zölle noch mehr in die Tasche zu schieben. Beumer appellte an die landwirtschaftlichen Vertreter für seine Anträge nach dem Grundsache: Gib mir, damit ich Dir auch etwas geben kann. (Burk: Kuhhandel!) Es sei wunderbar, wie Beumer den „Segen der Zölle“ verheiße. Selbst in die Taschen der Arbeiter sollte davon etwas kommen. Das sei aber stark zu bezweifeln, obgleich höhere Löhne die deutschen Arbeiter sehr gut brauchen könnten, und durch höhere Löhne auch die Leistungsfähigkeit der Industrie gesteigert werde, wie Amerika und England uns darin gute Beispiele liefern. Man möge auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik vorgehen, die Arbeiter vor Ausbeutung mehr schützen, das stärke die Industrie und ermögliche es, die zum Theil höher entwickelte Technik Amerikas in dieser Industriebranche zu erreichen. Zölle erhöhen nur diese Möglichkeit, auch deshalb beantragte die Sozialdemokratie Zollfreiheit.

Der Agrarier Hahn stand nicht nur für die vorgeschlagenen hohen Zölle ein, er erklärte, auch für die höheren, von Beumer beantragten Zölle zu stimmen, wenn — die landwirtschaftlichen Zölle weiter erhöht würden, d. h. gibst du mir eine Burkt, so lösch ich dir den Durst, ein „Prinzip“, auf dem der ganze Zolltarif und der um ihn geführte Kuhhandel beruht. Graf Pojadowitsch bemühte sich vergeblich, diese schädliche Schadherfüllerei zu beschönigen, während Gotheim nach den bekannten Heine'schen Versen: „Es will mich schier bedrücken, daß sie alle beide stünken“, erklärte, ihr ihm siehe sei, daß beide Theile — Industrie und Landwirtschaft — die Lebensmittel versiegen wollen. Der bekannte allseitige nationalliberale Poagie konstatierte, daß der Zoll auf Weizen 50 Prozent des Preises betrage (3), derjenige auf Industrieartikel 20 Prozent. Er als Freund der Landwirtschaft werde nehmen, soweit als von der Regierung zu erreichen sei.

Zu den Artikeln Wasserräder, Bagger, Pumpen, mechanisch bewegte Hämmer, Werkzeugmaschinen usw. beantragte Beumer eine Verdoppelung der Regierungszölle. Diesen maßlosen Anträgen gegenüber führte Möllenbühn in längerer Rede aus, daß die deutsche Maschinenindustrie eine ehrenvolle und konkurrenzfähige Stellung auf dem Weltmarkt einnehme und ihre Entwicklung nicht durch Zölle gebremst werden dürfe, denn sie dürfe nicht raus, um nicht zu rausen. Medner geht näher auf die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen, speziell in Amerika, ein, wobei die fortgeschrittenen Industrie der Landwirtschaft durch diese Maschinen große Vorteile brachte. Dann kritisiert er die Staffelung des Zöllens der Maschinen und der danach benenneten Zölle, und weist durch Berechnungen nach, wie ungern diese Zollaufteilung sei, die besonders auch die Landwirtschaft belaste. Gotheim habe vorhin betont, daß trotz früherer Beleidigung ein Fabrikant die von ihm benötigte Maschine nicht erhalten könnte wegen zu großer Beschränkung der Industrie, daß werde in Zeiten der Prosperität mehr nach vor kommen, man müsse sich doch dann an das Ausland wenden. Wenn wir die Industrie schützen wollen, ihm weit besser, je vor Mariellen zu jagen, statt sie durch Zölle zu behindern.

Die Beumerschen Überzölle wurden nach langerer Debatte in zwei Sitzungen abgelehnt und die Regierungszölle angenommen.

Die Zölle auf Tiefmaschinen wurden von Stadttagen bestimmt, ebenso diejenigen auf Drehsägemaschinen und Mähdrescheren. Da der Zeitungsmauer Herold in Gemeinschaft mit dem größlichen Agrarier Schwerin die Beibehaltung des bestehenden Zolles von 5 Prozent beanspruchte und die vorgelegene Zollhöhung ablehnte, so war dem Zentrum Stadttagen vor, daß es unkonsequent sei und er wies sodann darauf hin, daß die betreffenden Maschinen aus Amerika und England kämen. Entgegengesetzt lege daselbe Zentrum Zölle auf Maschinen für die Industrie, die auch aus Amerika und England kommen, wie bei den vorher bezothenen Positionen. Nun sei ein Abgeordneter über die kleinen Landwirthe angekommen worden, aber gerade diese würden durch den Zoll geschädigt. Die landwirtschaftlichen Maschinen erleichtern auch den kleinen Landwirtshof das Leben. In Borsigheim habe am 16. Mai 1900 im preußischen Abgeord-

nentenhaus gesagt: „Wenn heute der ländliche Arbeiter nicht das Unglück hat, eine läuterliche oder fronde Frau zu besitzen, dann können die Leute sämtlich erhebliche Erfolge machen und thun es auch.“ Die Feststellung der Löhne ländlicher Arbeiter stelle diese Behauptung ins rechte Licht, denn die Löhne betragen ca. 400 bis 500 Mark. Durch diese Zölle werden aber die Kleinbesitzer und die Arbeiter geschädigt. Die Gründe Herolds sprächen für Zollfreiheit. Sei denn das Deutsche Reich so art, daß es auf diesen Zoll auf landwirtschaftliche Maschinen nicht verzichten könne? Handelspolitisch sei der Zoll wertlos, finanzpolitisch ohne Bedeutung, was bliebe da für ein Grund noch übrig, diese Geräthe zu beladen?

Gotheim hatte Herausgebung auf 3 Mrd. Beumer Erhöhung des Regierungsvorstellages auf 12 Mrd. beantragt. Annahme fand der Herold-Schwerinsche Votrag.

Zu den Zöllen auf elektrotechnische Erzeugnisse sprach Bernstein. Er führte aus, daß die deutsche Industrie vollständig den inländischen Markt beherrsche, außerdem überwiege die Ausfuhr in starkem Maße die Einfuhr. Medner spricht über die Monopolisierung dieser Industrie durch Kartelle und die Schädlichkeit solcher Vergänge; ferner über die Unsicherheit, vergleichende Zollsätze als Kompensationsobjekte zu behandeln.

Mit Ausnahme der Erhöhung des Zolles auf elektrische Glühlampen von 180 auf 80 Mrd. wurden alle anderen Zölle nach der Regierungsvorlage festgesetzt.

Aus den weiteren Verhandlungen sei noch erwähnt, daß Stadttagen die Erhöhung der Zölle auf Fahrräder, doch diejenige der Zölle auf Uhren entschieden bekämpften, während Möllenbühn schärfste Kritik daran übte, daß trotz des Zolles auf Luxusgüter die luxuriösen Luxus-Uhren zollfrei bleiben sollten, im Liebsten aber ebenfalls die Schiffszölle bekämpfte. Stadttagen hob besonders den Charakter des Fahrrades als allgemeines Verkehrsmittel hervor, dessen sich besonders die Arbeiter bedienen und die daher Kaufende von Fahrrädern benötigen. Man dürfe ihnen dieses Verkehrsmittel unter keinen Umständen verbauen, denn bei der im heutigen Produktionszweig begründeten Fluktuation wisse der Arbeiter nicht, ob er öfters die Arbeit wechseln müsse und dabei müsse er die Wege in Betracht ziehen. Einleitend hatte er schon auf die glänzende wirtschaftliche und technische Entwicklung der deutschen Fahrtradindustrie hingewiesen, deren Erzeugnisse bereits vielfach den amerikanischen Fahrrädern vorgezogen werden.

Erfolg hatten alle diese Bemühungen nicht, die kompakte Majorität der Überzöllner beschloß durchwegs die Festsetzung der Zölle nach der Regierungsvorlage.

In welcher Gestalt alle diese Zölle schließlich aus dem Rechtszuge und eadlich aus den Verhandlungen mit dem Auslande über die Erneuerung der Handelsverträge hervorgehen werden, läßt sich heute noch nicht sagen. Aber was man heute schon sagen kann, ist Das, daß hohe Zölle im Zollzuge auch hohe Zölle in den Handelsverträgen, insfern solche überhaupt zu Stande kommen, zur Folge haben werden. Und fest steht ferner, daß die deutsche Industrie in der That auf einer Höhe der Entwicklung steht, daß sie des Zollzuges nicht mehr bedarf und daß es sich daher für die hochschnelllernenden Industrien nur um Monopolisierung des Inlandsmarktes für die syndizierten deutschen Industrien und andererseits bei der Regierung mit um finanzielle handelt, um ungezählte neue Millionen für Militärismus und Marinismus zu erhalten. Bei den Zigarettenzöllen bestätigt die Regierung den doppelten Zweck: Militärdenkschafft an die Junker und übtigen Großagrarier und Vermehrung der Zolleinnahmen.

So mag man den Budgettarif von welcher Seite immer betrachten, sieis kommt man zu dem Endergebnis: Nieder mit diesem Budgettarif!

Der Deutsche Metallarbeiterverband — ein Theil der sozialdemokratischen Partei.

Das Bedienstet, erwidert zu haben, daß der Deutsche Metallarbeiterverband ein Theil der sozialdemokratischen Parteiorganisation ist, gehörte dem Oberbürgermeister von Essen Ramens zugetragen.

Die Stadt Essen schreibt im sog. Nordpart einen Saal, in dem Vereine ihre Feiern und Versammlungen abhalten sollen. Nun glaubte der Vorstand der Hauptstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes auch ein Anrecht auf Benutzung des Saales zu haben, weil der übergroße Theil der Bevölkerung der Stadt Essen Metallarbeiter und Gewerkschafter ist.

Am 20. Juli er. fragt der Vorsitzende Kollege Wohlsein in einem Schreiben beim Herrn Oberbürgermeister an, ob für den 13. August der Nordpart-Saal für eine öffentliche Metallarbeiterversammlung mit dem Thema: „Christliche oder freie Gewerkschaften?“ zur Verwendung stehen. Ein Schreiben folgenden Inhalts lautet die Antwort:

„In Herrn Wohlsein, Bevollmächtigter des deutschen Metallarbeiterverbandes, Essen.

Auf die Anfrage vom 20. d. Ms. teile ich ergebenst mit, daß Ihnen der Nordpart-Saal am 13. August d. J. zum Gute des Wohlens einer öffentlichen Versammlung nicht zur Verfügung gestellt werden kann.

N. W.: Der Beigeordnete. Wohlsein, Segenstrasse 5.

Auf das gefällige Schreiben gewidere ich ergebenst, daß der Stadtgemeinde nach den bestätigten Einschätzungen der Verwaltungs- und Verkehrsgerichtsbehörden verboten ist, im städtischen Eigentum befindliche Säle zur Ablösung von Versammlungen der sozialdemokratischen Partei herzugeben.

Da Sie selbst der sozialdemokratischen Partei angehören, dasselbe auch bei dem Abgeordneten Medner der Fall ist, so habe ich bei Eingang Ihres Schreibens vom 20. Juli 1902 angenommen, daß es sich um eine Parteiveranstaltung der Sozialdemokratie, bzw. um eine Metallarbeiter-Versammlung handle, in welcher die Leiter der sozialdemokratischen Partei gewonnen werden sollen.

Aus diesen Gründen habe ich die Vergabe des städtischen Saales nach den bestehenden Vorschriften ablehnen müssen.

Sollte ich mich in dieser Beziehung im Irrthum befinden und es sich bei Ihrer Veranstaltung nicht nur eine sozialdemokratische Veranstaltung handeln, so bitte ich um gefällige Nachricht, und kann Ihnen in diesem Falle den jährlichen Saal überlassen werden.

Ein Ende berichtet nun bei einigen nächsten Lenden. Doch mit des Oberbürgermeisters Wünschen ist kein ewiger Bund zu schließen!

Kollege Wohlsein ließ folgende Eingabe abghen:

„An den Herrn Oberbürgermeister zu Essen.

Auf das gefällige Antwortschreiben vom 8. August er. erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

Die Versammlung, welche ich im Nordpart abzuhalten gedenke, soll keine sozialdemokratische, resp. auch keine Versammlung sein, in der die Funktionäre für die sozialdemokratische Partei gewonnen werden sollen, sondern lediglich der Lehreng über wirtschaftliche und gewerkschaftliche Fragen gewidmet sein.

Ich glaube, daß das Thema, welches ich angab, wohl keinen Widerstand aufstellen lassen könnte. Weil ich als Person Mitglied der sozialdemokratischen Partei bin, der Reihen Sozialdemokrat ist, kann und darf man doch nicht daraus schließen, daß die Veranstaltungen, welche ich anstrengte, sozialdemokratische sind.

Als Bevollmächtigter der hier selbst bestehenden Filiale des deutschen Metallarbeiterverbandes bin ich verpflichtet, die Interessen der Mitglieder zu wahren und für die weitere Ausbreitung des Verbandes zu sorgen, um durch den Zusammenschluß der am Ende befreiten Metallarbeiter dafür zu sorgen, daß auch hier bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht werden.

Die Versammlung sollte die Lage der Metallarbeiter am Ende und im Reich beleuchten, die Theilnahme auf den Saal und Namen der Organisation hinweisen, resp. verjehen zu zitieren.

Mit der Bitte, mir baldigst mitzuteilen, ob ich das Lokal am Sonntag, den 24., oder Freitag, den 22. d. J., zur Versammlung erhalten kann, geäußert

Wohlsein.

Dießes Schreiben ergiebt folgende Antwort:

Herrn W. Wohlsein,

Gest.

Auf das gefällige Schreiben vom 12. August er. erwidere ich nach Abgötzung der zuständigen Verwaltungsdeputation folgendes:

Im Abrechnungsbuch bemerkten Sie, daß Sie als Bevollmächtigter der hier selbst bestehenden Filiale des deutschen Metallarbeiterverbandes (Sitz Stuttgart) verpflichtet waren, das Interesse seiner Mitglieder zu wahren und für die weitere Verbreitung des Verbandes zu sorgen. Hierzu soll auch die Verantwortung dienen, welche Sie in einem im jährlichen Eigentum befindlichen Saale abzuhalten wünschen.

Sch. bin nach den bestehenden Bestimmungen nicht in der Lage, Ihnen den städtischen Saal für den angebten Zweck zu überlassen.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, jedenfalls aber die hierige Filiale desselben, ist ein Theil der sozialdemokratischen politischen Parteiorganisation.

Die hierige Filiale steht nicht nur unter sozialdemokratischer Leitung, es sprechen in den Verbandsversammlungen fast ausschließlich der politischen sozialdemokratischen Partei angehörige Redner, sondern es ist die Zugehörigkeit des Verbandes zur Sozialdemokratie auch in den Verbandsversammlungen offen ausgezeichnet, so in der Versammlung vom 23. Februar 1902 (Vortrag des Redakteurs Henrich), vom 23. März 1902 (Beratung der Präfektur), 14. Juli 1902 (Wahl eines Präfekten in der Redaktion des Verbandes) und anderen Versammlungen.

Es handelt sich daher bei der von Ihnen gewünschten Versammlung lediglich um eine sozialdemokratische beginnende Versammlung, in welcher die hierigen Metallarbeiter

arbeiter für die hier bestehende Zäsure des Deutschen Metallarbeiterverbandes und damit für die politische Partei der Sozialdemokratie gewonnen werden sollen.

Für solche Versammlungen darf ich, wie ich Ihnen bereits in meinem Berichte vom 8. August 1902 mitgetheilt habe, den städtischen Saal nicht hingeben.

Es war daher bei meinem ablehnenden Bescheid sein Bedenken behalten.

Städteamt.
Bem in dem Schreiben stände, so benennt zu diesen Vorgängen der "Betriebs", das Lokal bleibt auch unter allen Umständen verschlossen, da Gründe dazu eigentlich nicht vorliegen, werden einfach welche konstruiert, dann würden wir gerade so aufgeräumt wie auch jetzt. Das Eine folgte mit dem Grundsatz: Gleches Recht für Alle, und das Andere vermögen wir mit diesem Grundsatz nicht in Einklang zu bringen.

Der Herr Oberbürgermeister wird doch wissen, daß der sozialdemokratische Verein gesondert vom Deutschen Metallarbeiter-Verband seine Mitgliederverliste auf den Stadthause einträgt. Wenn beide Organisationen eins sind, wozu dann das gesonderte Eintragen der Mitgliederlisten?

Wäre ferner der Deutsche Metallarbeiter-Verband ein Theil der sozialdemokratischen Partei, so müßte ja selbstverständlich auch ein Theil der Gelder in diese Partei fließen. Da hat der Herr Bürgermeister sich schlecht Verdienst erstanden lassen, sonst müßte er wissen, daß die Gelder des Metallarbeiterverbandes nur zu Zwecken der Gewerkschaft verwendet werden. Unser Hauptvorstand würde uns schon auf die Gedanken bringen, wenn wir anders handeln wollten. Es wird angeführt, daß sozialdemokratische Redakteure und Redner in den Verbandsversammlungen gesprochen haben. Diese Redakteure und Redner sind nun selbst Gewerkschaftsmitglieder.

Wie bequem man es sich bei der bürgermeisterlichen Beweisführung macht, geht aus folgendem hervor.

Ein Redakteur Henrich soll am 23. Februar 1902 in einer Verbandsversammlung offen ausgesprochen haben, daß der Verband zur Sozialdemokratie gehörte.

Nun haben wir vergebens im Protokollbuch nach einem Redakteur Henrich gesucht, bis heute vergebens.

Die beiden Organisationen, Sozialdemokratie und Gewerkschaft, haben verschiedene Aufgaben, die eine sucht die politischen Rechte, die andere Organisation wirtschaftliche Vortheile für die arbeitende Klasse wahrzunehmen, also zwei selbständige Organisationen.

Sodann führt die Beweisführung eine Versammlung vom 14. Juli 1902 (Wahl eines Zimmers für den Geschäftsführer in der Redaktion des Betriebs) an. Vollständig falsch, Herr Oberbürgermeister, denn Geschäftsführer ist kein Zimmer im Betriebe anzutreffen, noch hat eine Versammlung ein Recht, die Wahl eines Zimmers vorzunehmen, weil das Lokal der politischen Partei gehört.

Es ist also nur das Gerecht der politischen Partei, das sie dem Geschäftsführer des Verbandes im Redaktionszimmer gestattet, damit er seine Arbeit dort verrichten kann.

Was würde der Herr Oberbürgermeister dazu sagen, wenn wir derselben Schlüß aus einem Kommerz zögen, der in einem Lokale, wo die Gewerkschaften tagen, stattfindet und das Oberhaupt einer Stadt den Kommerz mit seinem Besuch beeinträchtigt?

Doch soweit verirren sich unsere Begriffe nicht. Wir lassen jedem Menschen das Recht, das zu thun, was er unbedingt für nötig hält, wenn Niemand dadurch geschädigt wird. Dasselbe Recht verlangen auch die Arbeiter.

Doch der Herr Oberbürgermeister ist nicht der einzige in der Stadt Essen, der das so gerühmte deutsche Gerecht auf seine Weise sieht. Die hiesigen Hausräger räumen es ebenso. Der Geschäftsführer hat bis jetzt noch kein Bureau miethen können. Die Leute sind natürlich der Meinung, daß das Haus dadurch verfeucht werde.

Geschäftsbericht der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft pro 1901.

Von allen Berufsgenossenschaften der Metallbranche ist die "Nordöstliche" die erste und primitivste in der Herausgabe ihres Berichtes für das Geschäftsjahr 1901. Trotz dieser "Eile" ist der vor uns liegende Bericht noch lange nicht der schlechteste, der "Berlin, den 2. Mai 1902",

Die Zahl der versicherten Betriebe und der in diesen durchschnittlich beschäftigten Personen in der in 4 Sektionen eingeteilten Berufsgenossenschaft ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Zahl der Betriebe 1901	gegen 1900	Zahl der versicherten Personen 1901	gegen 1900 weniger
Sektion I	1553	+ 76	43931
" II	796	+ 12	16402
" III	448	+ 11	15837
" IV	601	+ 2	17732
Dsunammen:	3318	+ 101	93902

Hierzu entfielen im Durchschnitt auf den einzelnen Betrieb 27,63 Betriebsteile (gegen 30,16 im Vorjahr).

Die Zahl der Betriebe hat also um 101 zugenommen während die Zahl der versicherten Arbeiter um 5538 abgenommen hat. Die Krise in der Metallindustrie macht ja also immer mehr bemerkbar; Arbeitslosigkeit und all ihre Schrecken sind ihre Folge. Dafür hat natürlich der Betrieb nicht ein einziges Wort übrig; denn die Kommerzienräthe des Verbandes verbürgen die Krise ja viel weniger, als die arbeitslosen Arbeiter.

Als weiterer Beitrag für die stets behauptete "Streitung der Volkswohlfahrt" kann Tabelle II des Berichtes: "Betrag der anrechnungsfähigen Löhne" betrachtet werden:

	Untrechnungsfähige Löhne für das Jahr 1901	Gegen das Jahr 1900 weniger
Section I	51 132 066	- 1.598 888
" II	13 386 869	- 752 014
" III	15 036 672	- 846 982
" IV	14 648 922	- 975 603
Dsunammen:	94 204 629	- 4 172 581

Die Zahl der Arbeiter hat also um 5538 abgenommen, die anrechnungsfähigen Löhne sind um 4,172,887 Mark zurückgegangen! Diese Lohnsumme, dividiert durch die Zahl der Versicherten, ergab als Durchschnitts-

Löne für das Jahr 1901 pro Arbeiter für:

Section I	1164 M.	gegen 1129 M. im Vorjahr
" II	816	820
" III	949	950
" IV	826	833

Danach sind wir in Section I die Löhne im Durchschnitt etwas gestiegen, während sie in den übrigen drei Sektionen zurückgegangen sind. Die Folgen der Krisis: Arbeitslosigkeit und niedrigere Löhne! Trotzdem wagt man es, die allernotwendigsten Lebensmittel den Arbeitern auch noch zu verhauen!

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 7799 Unfälle gemeldet. Es kamen also auf 1000 versicherte Arbeiter 83,03 Unfälle! Zur Entschädigung gelangten jedoch nur 1061 Unfälle gleich 19 Prozent aller gemeldeten Unfälle! Es wurden also 6738 Unfälle von den Krankenkassen geltend gemacht, so daß "nachtheilige Folgen" eben nach der 13. Unfallwoche nicht mehr konstatirt werden konnten. Wir erfahren deshalb aus dem Bericht nur Näheres über die 1061 anerkannten Unfälle. Nach Alter und Geschlecht waren dies: 1017 erwachsene männliche, 8 erwachsene weibliche und 36 jugendliche männliche (unter 16 Jahren) Unfallverletzte. Die Unfälle sollen sich ereignet haben an: Motorr., Transmissions-, Arbeitsmaschi-nen usw.: 266 Unfälle; Fahrräder, Aufzügen 27; Sprengstoffen, Explosionen usw.: 1; Feuerge-fährlichen, heißen, ätzenden Stoffen: 24; Zusammenbruch, Einsturz, fallen usw.: 185; Fall von Leitern, Treppen: 102; Auf- und Abla-den: 86; Fuhrwerk: 13; Eisenbahnen: 1; Schiffahrt: 4; Thiere (Stoß, Biß usw.): 2; Handwerkszeug: 155; Sonstige: 187.

Die Folgen dieser Unfälle waren nach dem Bericht: in 45 Fällen Tod, in 12 Fällen völlige und dauernde Erwerbsunfähigkeit, in 776 Fällen teilweise, dauernde Erwerbsunfähigkeit und in 288 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit.

Die Getöteten hinterließen: 89 Witwen, 64 Kinder und 2 Ascendenten!

Tabelle VIII des Berichtes gibt uns Aufschluß über die "Lebenserwartung". Damals hatten die Schiedsgerichte 676 Verletzungen zu erledigen. Davon wurden "zu gut gewiesen": 441, "ganz oder theilweise für begründet" erachtet: 205. Die Berufsgenossenschaft hatte also mehr als doppelt so viel Glück als die Verletzten! Richtig gegen die schiedsgerichtlichen Entscheidungen legte die Berufsgenossenschaft trotzdem noch in 53 Fällen selbst ein, während die große Zahl Verlester nur 181 Rechtsanträge anfertigte. Von den Rechtsantritten der Berufsgenossenschaft hatten 13 am Reichsgerichtserfolg, während 27 zurückgewiesen wurden! Von den Rechtsantritten der Verletzten hatten nur 43 Erfolg, während 119 zurückgewiesen wurden. Wo überall Recht!

Die Ausgaben der Berufsgenossenschaft betrugen im Geschäftsjahr 1901: für Kosten des Heilsverfahrens 27.569,78 M., Renten an Verlester 459.737,80 M., Sterbegeld 4575,17 M., Renten an Witwen 64.784,22 M., Abfindung an Witwen 3340,77 M., Renten an Kinder 65.225,81 M., Renten an Ascendenten 3014,30 M., Kur- und Verpflegungsosten 33.831,90 M., Abfindung an Ansässige 3740 M., Abfindung an Insässen 10.376,30 M.

Die Abfindung der Insässen wird, nach der Höhe der aufgewandten Summe zu urtheilen, jetzt fleißig geübt. Die Berufsgenossenschaften machen ihr Geschäft dabei, Rentenempfänger, die 10—15 Prozent Rente beziehen, mit 3—400 M. "Rental" abzufinden. Beigetragen hat nur der also "Beigefügte", diese Riesenquittung anzunehmen, so läuft er Gefahr, daß ihn ein freundlicher Vertragspartner für "vollständig erwerbsfähig" erklärt.

Der Vorstand der Berufsgenossenschaft erläutert im Bericht, daß nicht allein durch das am 1. Oktober 1900 in Kraft getretene Gewerbe-Umfallversicherungsgesetz eine Steigerung der Beiträge herbeigeführt wurde, eine weitere Steigerung mußte auch durch den Markt eintreten, daß in Folge der ungünstigen Lage der Eisen- und Stahl-Firma im Jahre 1901 weniger Personen beschäftigt waren und weniger Löhne verdient worden sind, als im Vorjahr"!

Der Reservefond der Berufsgenossenschaft bezog nach der Bilanz am Schluß des Jahres 1901 die Summe von 3.440,995 M.

Im Anschluß an den Bericht des Vorstandes gibt der technische Aufsichtsrat extra seine Erfahrungen zum Besten. Er betrachtet die Unfallziffer und kommt dabei zu folgendem feststimmigem Schluß:

"Wenn sich die Zahl der entzündigten Unfälle nicht ver-

mindert hat, trotzdem die Zahl der Versicherten zuzüglichungen ist, so dürfte das einerseits seinen Grund darin haben, daß die Unfälle aus dem letzten Vierteljahr 1900 erst jetzt zur Feststellung gelangt sind (Großartige Logik!) als ob das früher schneller gegangen wäre. D. B.), andererseits macht sich in den Kreisen der Versicherten immer mehr das Beweiseben geltend, aus dem Gesetze Nutzen zu ziehen, so daß viele Unfälle, welche bisher nicht beachtet wurden, nachträglich noch angemeldet werden; in nicht seltenen Fällen ist dann eine Verpflichtung der Berufsgenossenschaft anzuverfügen!"

Dass die Arbeiterschaft endlich mehr und mehr die sozialpolitischen Gesetze kennen lernt, ist doch erfreulich; man schafft aber mit dem "einerseits" und "andererseits" die hohe Unfallzahl nicht aus der Welt! Bei der ausführlichen Seitenlangen Schilderung der Unfälle kommt dieser Arbeit aber selbst zu dem beweisen, welche Urtheile, daß leider die Unfallzahlen in der Angabe, ob Schutzberechtigungen vorhanden waren, oder nicht berechnet wurden, sehr unvollständig und auch die polizeilichen Untersuchungen in dieser Hinsicht sehr unvollständig sind, indem die Schuldfrage nicht erörtert wird."

Wer aber die Praxis kennt, wird zugeben, daß es besser ist, wenn die "Polizei" diese "Schuldfrage" aus ihrem Protokoll lieber ganz heraus läßt, da gewöhnlich doch nichts dabei herauskommt. Der Arbeiter ist ja doch "schuld" an dem Unfall, anders wird der Unternehmer oder dessen Unteroffizier doch nicht angeben. Sieg ist doch unser Beamter am Schluß seines Berichtes heute schon, daß "864 Unfälle auf die Unachtsamkeit und Ungefährlichkeit der Verletzten oder ihrer Mitarbeiter zurückgeführt waren"! Es ist also besser, es bleibt bei diesen "unvollständigen" und "unvollständigen" Unfallangaben und Berichten. Interessanter und treffender sind die Ausführungen des Vertrauenssrätes der Section I der Berufsgenossenschaft Dr. Plechner, welcher ebenfalls keinen Sachbeschwerde gibt. Auch er schreibt sich den Kopf über die "starke Zunahme der Steinmetzberber". Er kommt dabei zu der Ansicht, "daß hieran besonders die Ichreerei im Erwerbsverhältnisse der Arbeiter Schuld gewesen sind. Wenn nach beendetem Heilsverfahren die Verletzten in ihre alte Arbeitsstelle einzutreten und ihren früheren Lohn beziehen, dann denken sie keinen daran, zweifelhaft oder ungerecht (1) Rentenansprüche zu erheben; wenn sie aber, wie dies im verfloßenen Jahre leider oft der Fall war, keine Arbeitsgelegenheit vorhanden, und zugleich das bisher empfangene Rentengeld und den sogen. Unfallzuschuß nicht mehr erhalten könnten, dann lag es nahe, daß viele von ihnen an die Berufsgenossenschaften mit Ansprüchen herantreten."

Das läßt sich jedenfalls hören! Leider ist es in vielen Fällen so, daß Verlester keine Ansprüche erheben, auch wenn sie noch so "gerecht" sind, weil sie ja wieder "Brot und Arbeit" haben, an die Zukunft, an die Folgen des Unfalls gar nicht denken! Dann tritt Verjährung ein, Herr Sanitätsrat, und die Berufsgenossenschaft hat ein doppeltes Gesicht genommen.

Die kapitalistische Entwicklung führt aber die Arbeiter immer mehr zur Organisation, lernt ihr die Notwendigkeit derselben immer mehr erkennen, wie die Notwendigkeit ja das Leben lehren soll. Sie lehrt dem Arbeiter auch die Gesetze besser kennen, allerdings zum Vergleich der Unternehmer, Berufsgenossenschaften und der — Vertrauensräte!

E. G.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Auch in diesem Jahre soll wie im vorigen ein Metallarbeiter-Kalender pro 1903

im eigenen Verlage unserer Druckerei herausgegeben werden und machen wir die Mitglieder schon jetzt darauf aufmerksam. Der Kalender wird inhaltlich ähnlich dem vorjährigen ausgestattet werden und nur Abschnitte enthalten, die den in der Bewegung stehenden Arbeiter interessieren und ihm bei seiner agitatorischen und organisatorischen Tätigkeit behilflich sein können. Der Preis wird, wie im Vorjahr 50 Pf. pro Exemplar betragen und den Verwaltungen der gleichen Anteil am Gewinn verbleiben wie im Vorjahr. Sodann wir den Verwaltungen, Bevollmächtigten und Mitgliedern schon jetzt davon Kenntnis geben, ersuchen wir sie, etwaige Bestellungen auf den Kalender schon jetzt entgegenzunehmen und den etwaigen Bedarf baldmöglichst an die Adresse der Druckerei Alexander Schlie & Co., Stuttgart, Röte-Straße 16 b) mittheilen zu wollen, damit danach die Auflage bemessen werden kann. Der Kalender wird im Oktober erscheinen.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptfasse die Erhebung eines Extrabeitrages gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkung, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Köln-Ehrenfeld die Erhebung eines monatlichen Extrabeitrages von 15 Pf. pro Mitglied.

Der Verwaltungsstelle Altona a/E. die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages von 30 Pf. pro Mitglied während der Dauer der Hamburger Altenheimausstellung.

Der Verwaltungsstelle in Flensburg die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages von 10 Pf. pro Mitglied.

Den Verwaltungsstellen Betschau und Witten die Erhebung je eines monatlichen Extrabeitrages von 10 Pf. pro Mitglied vom 1. September an.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rathenow:
der Glasschleifer Johann Krummei, geboren zu
St. Wudide am 8. Januar 1858, Buch-Nr. 488,918,
wegen Streitbrüts.

Der Formier F. Majon, geb. zu Mtslowitz i. Sch. am
2. März 1877, Buch-Nr. 434275, wird von Baldsbüttel aus
beschuldigt, mehrfache Beträgerien an Nebenkollegen verübt
zu haben, und ist zugleich der Antrag auf Ausschluß gestellt.
Es wird bemerkt hierdurch Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden
Anschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkern, daß, sofern
auf dreimalige Bekanntmachung hin eine Rechtfertigung nicht
erfolgt, der Ausschluß aus dem Verband vollzogen wird.

Es wird den nachstehend verzeichneten Mitgliedern der
Verwaltungsstelle Meuselwitz Gelegenheit gegeben, sich
gegen den Vorwurf der fortgesetzten Störung der Ordnung
in den Mitgliederversammlungen zu rechtfertigen, anber-
falls, sofern eine dreimalige Aufforderung an dieser Stelle
von ihnen unbeachtet bleiben sollte, ihr Ausschluß aus dem
Verband erfolgt.

Otto Eichmann, geb. zu Meuselwitz am 15. Mai 1883,
Buch-Nr. 381,778.

Gustav Görber, geb. zu Hartmannsdorf am 6. Jan.
1878, Buch-Nr. 155,672.

Otto Häußner, geb. zu Reichshain am 4. Dez. 1874,
Buch-Nr. 32,742.

Franz Kochmuth, geb. zu Giebelroth am 29. Septbr.
1875, Buch-Nr. 111,899.

Emil Pätzke, geb. zu Beitz am 8. Januar 1871, Buch-
Nr. 148,625.

Ebenfalls zur Rechtfertigung aufgefordert wird mit dem
Bemerkern, daß eine dreimalige vergleichliche Aufforderung den
Ausschluß aus dem Verband nach sich zieht:
der Dreher Karl Schulz, geb. am 30. August 1879,
Buch-Nr. 366,886, dem nach dem von der Verwaltungsstelle
klüpperte steg gestellten Antrage Diebstahl und Beträgerien
Verbandskollegen und Logistivitten und Logisgewissen gegen-
über zur Last gelegt wird.

Dasselbe gilt von dem Unteroffizier der Verwaltungsstelle
Offenburg (Baden), dem Blechner Franz Koch-
nagel, da er, ohne Abrechnung gelegt zu haben, abtrete.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind
an an:

Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16 b
zu richten, und ist auf dem Postabzähln mit genau zu be-
merken, wofür das Geld bereinahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Quittung

Über die vom 1. bis 31. August 1902 bei der
Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Von: Altenburg Mf. 800. Altona 800. Auerbach 30.
Bergedorf 200. Braunschweig 500. Bremen 790. Bremer-
hafen 700. Breslau: Klempner 200. Cunstadt 500. Chemnitz
2150. Crimantschau 200. Darmstadt 200. Dessau 150.
Döbeln 200. Düsseldorf 200. Durlach 200. Eilenburg 100.
Elpe 66,48. Erfurt 150. Feuerbach 170. Flensburg:
Klempner 100. Frankenthal 400. Frankfurt a. Main 1000.
Fürth 700. Gelsenkirchen-Schalke 150. Gevelsberg 150.
Glauchau 89,30. Gmünd 200. Großjoh 125. Hannover
600. Heiligenhaus 20. Hirschberg 75. Höxter a. M. 100.
Kelsberg 60. Kiel 500. Köln-Ehrenfeld 250. Kronen-
berg: Mf. 600. Schleifer 200. Küppersteg 200. Lügendorf
100. Lübars 400. Lützenberg 21,82. Leipzig 5100.
Leisnig 50. Liegnitz 200. Limbach 60. Linden 1100.
Ludwigsfelde 200. Lüdenscheid 200. Ludwigshafen 250.
Magdeburg 1200. Mannheim 800. Meißen 200. Met-
tman 44. Meuselwitz 100. Mittweida 130. Mühlheim
a. Rhein 721,38. München: Allgem. 1500, Formier 300,
Spengler 750. Neugersdorf 300. Nienburg a. Saale 19,70.
Oberschlema 8. Opperzheim 63. Oppeln 25,80. Osterode
a. Harz 25. Pforzheim 300. Pries 150. Quedlinburg 350.
Reichenbach i. Vogtl. 93,60. Remscheid: Formier 227,32.
Rheineck 30. Saalfeld 400. Suhl 50. Schleiz 37. Schmal-
salden 100. Schmiedeberg-Dosse 100. Schwarzenberg 150.
Stodum 5. Striegau 131,50. Stuttgart 200. Zönnischeide
200. Überbach 202,43. Begebad 400. Belzig 400. Böhl,
Formier 19,72. Bitterberg a. Elbe 119,20. Bitterberge
20. Brixen 100. Einzelmitglieder der Hauptkasse 400.
Für: Notkalender 402,40. Protokolle der 5. ordentlichen
Generalversammlung 41. Zurückbezahlt Schulf von: H.
Schied (G.-B. der Formier) Bremen 10. Gg. Dreieich-Hol-
berg 15,80. Sonstige Einnahmen der Hauptkasse 5.

Die Verwaltungsstellen, Bevölkerungsstellen und son-
stigen Einheiten von Geldern werden hierdurch d i r i g e n d
gebeleben, vorliegende Quittung g e n a u zu prüfen und
etwaige Anstände j o s o r i an uns zu berichten.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Aus den Agitationsbezirken.

Bericht des Bezirksleiters vom 7. Bezirk für das
1. und 2. Quartal 1902.

Daß mein Tätigkeitsbericht hätte erscheinen als meine
Würde war, liegt lediglich daran, daß zu viele Anforderungen
an mich gestellt wurden und weil ich die erwartete
Unterstützung bei den Kollegen des hiesigen Bezirkes nicht
bekommen habe. Da ich den Bezirk rheinhessen mit dem
Kollegen Walzenrede schon früher bearbeitet habe, konnte
ich bei einem Unterschreit die Wahlnebung machen,
doch in verschiedenen Bürgern in der letzten Zeit statt
eines Kochschrittes ein Rüdding zu verzeihen war. Da-
zu kommt noch die durch die Krise entstehenden Diffe-
renzen, weil die Unternehmer auf der ganzen Linie mit
Sohn- und Pfandreduktionen gegen die Arbeiter vorgingen.
Am 19. Februar wurde ich bei Bürgern in Krefeld

genommen, in 6 Fällen kam es zum Streit, in den
übrigen Fällen wurde einstweilen eine Einigung erzielt,
oder ließen wir es liegen, daß der schlechten Zeit nicht zum
Kampf kommen. In 4 Fällen wurden durch Einschreiten
und Verhandeln des Bezirksleiters resp. der Organisation
die Maßnahmen der Unternehmer zurückgewiesen, in
einem Falle wurde eine Einigung vor dem Einigungssamt
erzielt.

In folgenden Orten kam es zum Streit: M.-Gladbach
(R. Sonnen), Lindenthal (Metallwarenfabrik), Wart-
stein (Wertenthal), Schwelin (Werke u. Ste.), Solingen
(Gebr. Schmid) und Krefeld (Bulau). In
Düsseldorf (bei Springorum) war ebenfalls ein Streit,
den die Verwaltung Düsseldorf selbst leitete und vor dem
Einigungssamt zu Gunsten der Arbeiter zur Erledigung
brachte. Ebenso waren noch Kämpfe in Barmen, Solingen
und Kronenberg, die von den Verwaltungen Barmen und
Solingen geleitet und beendet wurden.

In folgenden Orten waren Differenzen, die nicht zum
Streit führten: Herdingen, Velbert, Düsseldorf, Essen,
Lüdenscheid, Mülheim, Wiersen, Hemer, Schloßm und
Düsseldorf.

In M.-Gladbach war der Streit schon im November
1901 ausgebrochen und blieb mit nichts Anderem übrig,
weil ich vor einer vollzogenen Schiedsrichtung stand, als ja
viel wie möglich für die beteiligten Arbeiter heraus-
geschlagen. Die Behörde besorgte bei diesem Kampf
eifrig die Geschäfte der Unternehmer, und ich bin sehr
befriedigt mit ihr zusammengetreten. (S. Nr. 50 der Met-
urb.-Ztg. 1901.)

Sie hatte mich damals auch weiter beschwerdeführend
an den Regierungspräsidenten gewandt, und lasse ich hier
mit dessen Antwort folgen:

Wuppertal, den 3. Januar 1902.

Von Ihrer Eingabe vom 3. v. M. habe ich Kennt-
nis genommen und, so weit nach den statthaften Er-
mittlungen das Vorgehen der Polizei-Darre zu M.-
Gladbach (Vord.) zu Ausstellungen Anlaß gegeben hat, das
Gesagte veranlaßt.

Auf die einzelnen Beschwerdepunkte kann Ihnen ein
Bescheid nicht ertheilt werden, da Sie selbst an den von
Ihnen mitgeteilten Vorlesungen nicht beteiligt ge-
wesen sind und Ihnen somit ein Bescheidverderecht nicht
zusteht.

Ubrigens bemerke ich, daß nach den amtlichen Erhe-
bungen auf Seiten der Streikenden grobe Ausschreitungen
und Vergehnisse der Arbeitswilligen vorliegen
haben und daher ein entschiedenes Einholen der Po-
lizei-Darre durchaus geboten war.

n. Hiller.

An Herrn R. Spiegel,
zu Düsseldorf, Weiberstraße 8.

Anschrift hieran will ich bemerken, daß die Kollegen,
die unter Anklage standen, von dem Gericht freige-
setzt worden, trotzdem die Beamten, Polizeidom-
ätsrat Moncke, Sergeant Lutz und Wause als Zeugen in
den Verhandlungen auftraten. Und ist gegen vorhername
Berichte Anzeige erfolgt wegen Beleidigung, Bedrohung
und Freiheitseraubung; doch ist mir bis jetzt nichts von
dem Verlauf der Sache bekannt geworden. Nur das Eine
ist klar, daß nur durch das ungeheure Vorgehen der
Polizei der Kampf respektlos verlassen ist. Ferner zogen
sich in Düsseldorf wegen Abfangen von Arbeitswilligen
bei dem Streit in M.-Gladbach fest. Letzter 5 Tage Ge-
fängnis, Spiegel 3 Tage und Grupp 30 Mf. Geldstrafe zu.

In Witten-Lindenthal hatten im Januar 50 Schlosser
die Arbeit wegen Akkordreduktion niedergelegt, und die
übrigen 500 Arbeiter wollten ebenfalls in den Streit ein-
treten. Nach achtjähriger Dauer wurde der Streit durch
Berichtigung der Preisbestimmung Witten-Lindenthal und
meiner Person mit Herrn Direktor Wiedemann beendet,
indem die Reduktion rüdgängig gemacht wurde.

In Barmen bei Lippestadt kam es ebenfalls am
10. Februar zum Streit bei Gabriel und Wengenroth wegen
Akkordreduktion. Insgesamt legten die Arbeit 99 Ar-
beiter nieder; davon waren 50 Verbandskollegen, etwa
8-10 Organisatoren, die Lebhaften im Gewerbeverein
(G.-D.). Bei diesem Kampf wurde ich sehr viel in An-
spruch genommen und war auch Mf. versucht worden, ihn
nicht zum Ausbruch kommen zu lassen. Es wurde auf
beiden Seiten mit Erfüllung gekämpft, und ich mußte
oft eingreifen, weil die Schwerländer geneigt waren, zur
Gefangen- oder Verhaftung zu greifen. Zu Ostern sind auch Ausschreitungen
vorgekommen und war eine Anzahl Streikende
in Unterbringungshaft. Ein Verbandskollege hat 5 Wochen
in Unterbringung gefangen, wurde aber freigegeben.
Beim Landfriedensabzug erhielt ein Streikender 1 Jahr
Gefängnis, ein anderer 5 Monate und einer eine Woche
Gefängnis. Verbandskollegen waren an dem Land-
friedensabzug nicht beteiligt. Von der dortigen Behörde
wurde angedeutet, daß gerade wir (die Organisatoren) die
Zeite zur Ruhe ermahnt hätten, daß es dem Einfluss der
Organisation zu denken sei, daß nicht mehr Ausschreitungen
vorgekommen sind. Der Kampf wurde nach viermonatlicher
Dauer durch Einholen der Firma beendet. Alle
Streikenden wurden wieder eingezogen. Jetzt haben wir
noch eine eigene Verwaltungsstelle.

In Schmelz bei Godes u. Ste. brach ein Streit der
Walzenräder aus; beteiligt waren 13 Kollegen. Der
Streit entstand, weil die Walzenräder durch reizende
Arbeitsplätze nichts mehr verdienen konnten; sie verlangten
1 Pf. pro 100-Einheit mehr. Ich versuchte mit der Firma
zu verhandeln, konnte aber nichts erreichen. Arbeit-
willige (wenigstens gelernte Arbeiter) hat die Firma bis
heute noch nicht und auch nem pro 100-Einheit 8 Pf. mehr
zahlen; dabei wird noch die Hälfte Schrot gemacht. Der
Streit ist gegenständlos geworden, weil bis auf 2 Walzen-
räder alle Arbeit aufwendig untergebracht sind; doch
ist die Firma gescheitert, damit, wenn die Firma die alten
Arbeiter wieder haben will, sie auch ihnen die Arbeitsplätze
gibt, wie den 2 Arbeitswilligen. Angeschlossen haben die
Arbeitswilligen 4 Kollegen bestimmt.

Bei Gehr. Schmid in Solingen wurde 18 Februar
eine Verhandlung der Oberbeamten geführt.

war dies ebenfalls ein heißer Kampf, der zu Gunsten der
Arbeiter beendet wurde. Bei diesem Kampf wurde ich
drei mal in Anspruch genommen. Die Leitung hatte
jedoch das Central-Komitee und die Verwaltung Solingen.
Eine Sitzung, an der Kollege Schäfer-Solingen, Fabrikant
Schmid, Bürgermeister Heinrichs-Wall und ich teilnah-
men, verdient noch erachtet zu werden; in dieser war
Herr Bürgermeister Heinrichs ganz ohne Vorurtheil be-
neigt, den Kampf zu beendigen. Es wurde festgelegt, daß
die Firma mit dem Central-Komitee in Verhandlungen
zu treten hätte.

Auf dem Stahlwerk Wulfen hatten auch plötzlich
130 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil dort von der
Direktion 13 Prozent Abzug mit rückwirkender Kraft ge-
boten wurden. Mitten in der Nacht wurde ich nach dort
geholt. Durch sofortiges Eingreifen der Ortsverwaltung
Krefeld und von mir war der Streit in einem Lage zu
Gunsten der Arbeiter erledigt. Nun war der Streit be-
endet, so drohte ein zweiter Streit auszubrechen, und mir
in unserem ruhigen Vorgehen ist es zu verdanken, daß die
Arbeiter sich nicht selbst schädigten. Eine besondere Auf-
merksamkeit der Behörde wurde mir da zu Theil, denn je
lange ich mich in der Landgemeinde aufhielt, befanden
sich in meiner Begleitung ein paar Gendarmen, die erst
zurück blieben, als ich wieder auf dem Gebiet der Stadt
Krefeld war. Nur muß ich mich heute noch wundern, daß
sie es zugelassen haben, daß ein Krefelder Kollege und ich
zu den Arbeitern am hellen Mittag auf offener Landstraße
sprachen und sie aufforderten, wieder an die Arbeit zu
gehen.

Bei der Firma Spies, Remscheider Eisenhütte, wurde
am letzten Tage der Ründigung durch folgende Verein-
barung ein Streit verhütet:

Die Firma Remscheider Eisenhütte (Adolf Spies)
hat heute mit ihren Formern folgende Vereinbarungen
getroffen:

Die Berliner Kommission ist unter seitherigen Beding-
ungen im Akkordolonenrechts festgestellt, und haben
alle Formier dafür einzustehen, daß dieselbe so thunlich wie
möglich fertig wird. Für die Folge wird dieses System
nur noch unter vorheriger Vereinbarung mit einer
Kommission stattfinden.

Nach Feststellung der Berliner Kommission treten
folgende Bedingungen in Kraft: 5 Prozent Löhnerhöhung
denjenigen Formern, welche f. B. ein Abzug von 5 Proz.
genommen und inzwischen die Löhne nicht wieder erhöht
wurden.

Einführung der 10-jährigen Arbeitszeit.
Mäßregelungen finden nicht statt.

München, den 16. April 1902.

Remscheider Eisenhütte.

Carl Spiegel.

Adolf Spies.

Bei diesen Differenzen war ich zwei mal mit Spies,
mit einer Kommission der Formier und Woll. Göhr in Un-
terhandlung getreten.

Der Streit bei der Firma Gerhardi u. Kie. in Lüdens-
cheid kam vor dem Einigungssamt in Lüdenscheid zur Er-
ledigung, und zwar unter folgenden Bedingungen:

Bei der heutigen vor der Gewerbegerichts-Kammer
Lüdenscheid als Einigungssamt statthaften Ver-
handlung der Lohnstreitigkeiten zwischen der Firma Ge-
rhardi u. Kie. und ihren Löffelbleiflern, an welcher teil-
genommen haben:

- 1) Beigeordneter Zicker, als Vorsitzender,
- 2) Fabrikant Wih. Gerhardi,
- 3) Fabrikant Gust. Möller,
- 4) Fabrikant Aug. Wegendorff

als Vertreter Männer aus dem Stande der Arbeitgeber,
5) Gräbeur Dr. Eichholz,

- 6) Schleifer Rob. Köbenitz,
- 7) Fabrikarbeiter Gust. Kriegsberg

aus dem Stande der Arbeiter, kam folgende Vereinbarung
zu Stande:

Die Vertreter der Arbeiter erklären im Einverständnis
mit letzteren die Arbeit fortzuführen.

Der Vertreter der Arbeitgeber erklärt sich dagegen
bereit, den Arbeitern den festen Einheitspreis von 50 Pf.
pro Dutzend spätestens Weihfest als Akkordlohn zu zahlen.

Sollte sich nach einem halben Jahre bei diesem Preise
für die Arbeiter ein höherer Verlust als 2½ Prozent
ihres früheren Lohnes ergeben, so vergütet die Arbeit-
geber den Arbeitern den Mehrbetrag zurück.

Die Ründigung wird zurückgenommen.

Würzburg, den 18. Februar 1902.

Der Vorsitzende: S. Peter.
Die Vertreter Männer aus dem Stande der Arbeitgeber:
Wih. Gerhardi. Gust. Möller. Aug. Wegendorff.

Die Vertreter Männer aus dem Stande der Arbeiter:
Fritz Eichholz. Rob. Köbenitz. Gust.

Bericht der Agitationskommission für Südbahnen für das 1. Halbjahr 1902.

Die unangenehmste Arbeit einer verantwortlichen Corporation ist, Bericht zu erstatten in einer Zeitperiode, wo die Erfolge unmittelbar sind, bezügl. der Verlust den Gewinn übersteigt. Um ständig über die Arbeitsverhältnisse der einzelnen Städte unterrichtet und auch über die Tätigkeit der verschiedenen Verwaltungsstellen auf dem Laufenden zu sein, hat die Agitationskommission beschlossen und die Verhandlungen angehobert, alle Quartale eine Abchrift der Quartalsabrechnung sowie einen angehängten Fragebogen auszufüllen um die Agitationskommission einzuführen.

Was ist aus den eingegangenen Berichten für das 1. Halbjahr zu ersehen? Von ca. 6000 in der Metallindustrie beschäftigten Arbeitern sind 1100 organisiert. Es ist das im 2. Quartal 1902 ein Mehr von rund 300 Mitgliedern. Dieser Zuwachs ist mit von Augsburg zu verzeichnen, alle andern Zahlstellen schwanken so ziemlich gleich mit der Mitgliederzahl nach der Jahresabrechnung von 1901.

Die Geschäftslage ist durchgehends eine schlechte. Nur in der Bauschlosserei und Spenglerei sind einige wenige Einrichtungen zu verzeichnen. Die Lage in der Maschinenindustrie ist die gleich gedrückte wie im vorigen Winter geblieben. Die Zahl der Reisegeldempfänger hat sich noch vermehrt. Nach der Abrechnung vom vorigen Jahr wurden per Zahlstelle und Quartal durchschnittlich 108,5 Mf. bezahlt; bis Schluß des 2. Quartals wurden in den Zahlstellen Südbahns, München nicht inbegriffen, 123,3 Mf. ausbezahlt.

Die Lohnbewegungen sind, außer dem Formerausstand in Augsburg, der zur Zufriedenheit der Arbeiter nach vier Tagen beigelegt wurde, noch Landshut anzuführen. Die Elektrizitätsgesellschaft Helios beliebte Lohnreduzierungen vorzunehmen. In diesem Eldorado, wo die Durchschnittslöhne für gelehrte Arbeiter zwischen 28—30 Pf. variieren, sollten noch weitere "wesentliche" Reduzierungen vorgenommen werden. Durch Vorstellung zweier Mitglieder der Agitationskommission bei der Direktion wurde zwar kein positives Resultat erzielt, aber die Reduzierung wurde nicht in dem Maße vorgenommen, wie angekündigt. Weiteres Vorgehen in dieser Sache mußte in Abwärt der Geschäftslage unterbleiben.

Das größte Agitationsfeld ist und wird München selbst bleiben. Hierüber nur Einiges. Vom Jahresabrechnung von 1901 sind in München 3250 Metallarbeiter im D. M.-B. organisiert. Wenn bis zum 2. Quartal 1902 die Mitgliederzahl wieder um ca. 300 zurückgegangen ist, so ist das für den Lokalfundigen sehr begreiflich. Dennoch in München ist die gedrückte Stimmung in der Metallindustrie eine permanente geworden. Neuerrichtungen in den Maschinenfabriken Kraus u. Co., die vergangenen Winter ca. 700 Mann entlassen haben, sind nicht erfolgt. Im Gegentheil, weitere Einstellungen sind angekündigt, aber nicht bloß in ehemaligen Fabriken, sondern auch in den Werken des Herrn Reichsraths Ritter von Maffei. Die verschiedensten Agitationsmittel, wie Werkstattversammlungen, Arbeitslosenversammlungen, Kreisirung der Jahressbilanzen der Gesellschaften Kraus u. Co. und des Eisenwerks München, schriftliche und persönliche Anbringung von Wünschen und Beschwerden seitens der Arbeiter bei den verschiedenen Unternehmen, nahmen einen beträchtlichen Theil der Zeit und Arbeit der Agitationskommission in Anspruch.

Nicht minder wurde an dem inneren Ausbau des Verbandes gearbeitet. Als Resultat ist zu verzeichnen, daß sämtliche Sektionen, bis auf die Sektion der Formera, jetzt der allgemeinen Verwaltungsstelle angehören und fortsetzen zu fördern zum Besten der Gewerkschaftsarbeit und zur weiteren Entwicklung des D. M.-B.

Die Agitationskommission für Südbahnen.

Abrechnung pro 1. Halbjahr 1902.

Einnahmen:

Raffenbestand pr. 1. Januar 1902	135,86 M
Zuschuß der Hauptkasse, 2 Raten à 500 M	1000,—
Differenz	6,— "
	1141,86 M
Ausgaben:	
Per Handzettel, Plakate und Insertate	866,90 M
" Verwaltungskosten	30,— "
" Porto	6,20 "
" Diäten und Fahrgelder	220,80 "
Kassenbestand	517,86 "
	1141,86 M

Korrespondenzen.

Formar.

Hildesheim. In der Eisengießerei der Maschinenfabrik Gehr. Propst hier selbst drohen Differenzen auszubrechen. Trotzdem bei dem schlechten Geschäftsgange die Arbeitszeit schon auf 7 Stunden reduziert ist, ist auch noch eine Akkordlohnreduktion von 10—15 Prozent angekündigt. Die Formar wollen sich dieses nicht gefallen lassen und ersuchen wir,

Leipzig. Die Formar und Gießereiarbeiter hielten am 23. August eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Matthes über Gewerbegerichte sprach. Unter Gewerkschaftlichem gab der Vorsteigende der Agitationskommission bekannt, daß der Verband der Metallindustriellen es nicht für nötig gehalten habe, auf unser Schreiben (bett. das System der schwarzen Lizenzen) zu antworten, daß aber das System immer weiter bestehen, trotzdem der Formar nicht bald drei Jahre beendet sei. Weiter wurde das Verhalten des Meisters Gierz bei der Firma Becker in Leipzig einer abfälligen Kritik unterzogen. Der Versteigende kritisierte nochwendig, die unter der wirtschaftlichen Krise obnehmend schon sehr reduzierten Akkordlöhne aus eigenem Gewissen auch nicht zu verkörpern. Berlangen die Formar

nun den ihnen zuliegenden Lohn, so bedeutet ihnen Herr Gierz, sie sollen das Undere am nächsten Tag erhalten; sind sie damit nicht einverstanden, dann fliegen sie hinaus. Meister Gierz denkt wahrscheinlich, sich durch sein System in ein gutes Licht bei der Firma zu setzen, es kann ihm aber auch gehen, wie mancher seiner Freunden Kollegen, die sich auch durch Lohnabgabe beliebt machen wollten, aber trotzdem den Aufschlag erhielten und wieder zum Stampfer greifen mußten. Er mag sich nur mal in seiner nächsten Umgebung unterscheiden; sein eigenmächtiges Handeln ist auch schon mehrfach dahin geändert worden, daß der Prinzipal die Formar sofort wieder einstellte, nachdem sie Meister Gierz entlassen hatte. — Ein der Versammlung vorliegenden Aufnahmegericht des Formers L. wurde auf Antrag dahingehend erledigt, daß der Gesuchsteller zur nächsten öffentlichen Versammlung geladen werden soll. L. hatte bei der Firma Weier u. Weichelt den Arbeitswilligen gespielt, ist aber trotz dieses Liebesdienstes von dem herrschenden Meister Gösler entlassen worden. L. hat jetzt das Schädliche seines damaligen Verhaltens eingesehen und auch schon schwer gebüßt. So geht es aber den Arbeitswilligen zu, wenn sie ihre Dienste gethan haben, können sie gehen.

Worms. Wie schon berichtet, wurde bei der Firma Horn am 18. August Akkord eingeführt. Billige Arbeitskräfte fanden sich in Eisenberg und Umgebung, Kaiserländern usw. Die Firma vermutete in diesen Leuten fruchtbare Arbeitskräfte, war aber sehr enttäuscht nach Fertigstellung größerer Arbeiten, da die gegossenen Stücke statt in die Gußpuliere in den Bruchhaufen wandern mußten. Die Preise der Gußstücke, welche von den Meistern Pilger und Bösliger (2 Meister bei 18 Formern) gemacht werden, sind dermaßen gestellt, daß es seinem Formar möglich ist, bei angestrengter Arbeit auf seinen früheren Taglohn zu kommen. So mußten zwei Formar ein Grundgestell für eine Schnellpresse machen, welches 3,80 Meter lang und 2 Meter breit ist, um den angesetzten Preis von 60 Mf. Obwohl die beiden Formar, welche die Arbeit machten, sich alle Mühe gaben, den Anforderungen der Firma sauber und schnell die Arbeit zu liefern, nadzukommen, war es ihnen doch nicht möglich, nur ihren früheren Taglohn zu verdienen. Der Stundenlohn betrug für die Arbeiter 57 bez. 45 Pf.; im Akkord verdienten diese Leute aber mit 23—25 Mf. pro Woche. Dieselben Arbeiter bekamen einen Zylinder zu machen im Gewichte von 17 Zentnern. Am Taglohn wurde dieser Zylinder von einem Arbeiter mit 57 Pf. Stundenlohn in 4½ Tagen gemacht, ist gleich einer Bezahlung von 25,65 Mf. Im Akkord werden 20 Mf. bezahlt, und der Formar hat das Risiko zu übernehmen. Für ein Grundgestell werden weiter 15 Mf. bezahlt, woran 2 Mann 2½ Tage zu arbeiten haben, so daß auf den Mann pro Tag bei angestrahlter Arbeit 3 Mf. entfallen. Der Schwager des Meister Pilger arbeitet natürlich im Taglohn; einem anderen Formar, „dem man wohl will“, wurden in einer Woche 8 Mf. auf seinen Taglohn gelegt. Beschwörten sich die Formar nun bei dem Prinzipal über das herrschende Akkordsystem, so erhalten sie einfach die Antwort: „Wenn es Ihnen nicht paßt, so müssen Sie ja, was Sie machen können!“ Pflicht der Kollegen ist es, den Abminutionen der Arbeitserfüllung einen Damm entgegen zu setzen und keine Arbeitsangebote anzunehmen. Pflicht der Beschäftigten ist aber auch: „ich kann nicht organisieren. Kollegen, schließe auch dem Deutschen Metallarbeiterverband an! Aufnahmen werden jeder Zeit von den bekannten Personen entgegengenommen, und finden Versammlungen alle 14 Tage im Gewerkschaftshaus statt.

Klemppner.

Berlin. Die Parkenauer Berlins stehen seit dem 24. August in einer Lohnbewegung. Die aufgestellten Forderungen sind: 1) Die Arbeit wird nur im Zeitlohn vergeben; 2) die Arbeitszeit beträgt pro Tag 9 Stunden; 3) Samstag ist eine Stunde früher Feiertag, und an den Tagen vor Stern, Pfingsten und Weihnachten 2 Stunden früher ohne Lohnabzug; 4) Der Mindestlohn beträgt vom 1. September 1902 ab pro Stunde 55 Pf.; wer jedoch vorher einen Lohn von 55 Pf. hatte, erhält 10 Prozent Aufzähler; 5) Vom 1. April 1903 an beträgt der Mindestlohn 60 Pf.; 6) Neuer Stunden dürfen nur in äußersten Notfall gemacht werden und sollen dann mit 25 Prozent Aufzähler bezahlt werden; 7) liegt die Arbeitsstätte 3 Kilometer und mehr von der Werkstatt entfernt, so wird Fahrgeld vergütet; bei Entfernungen von 3 Kilometern und mehr von der Weißbühlgrenze wird die Fahrzeit als Arbeitszeit angerechnet; liegt die Arbeitsstätte so weit entfernt, daß der Klemppner aufzuhalt übernachten muß, dann werden die Verpflegungskosten bezahlt; 8) Die Arbeitsergebnisse-Verhältnisse sollen innegehalten werden. Die Bezeichnung dieser Forderungen an dieser Stelle nachzuweisen, halten wir nicht für nötig. Die Firma der bessigen Klemppnermeister hatte sich in der am 24. August stattgefundenen Klemppnerversammlung durch den Vorstand vertreten lassen. Der Obermeister sprach auch mehrere Male. Er wandte sich gegen Alles, ohne eine auch nur einigermaßen genügende Begründung. Der Herr sprach aber davon, daß die Klemppner in ihrer Mehrzahl sich mit widerwillig an dieser Bewegung beteiligen würden und führte durch solche Mittelchen Unmöglichkeit in die Reihen der Klemppner zu tragen. Dies gelang aber nicht. Außerdem Tages wurden in circa 100 Betrieben die Forderungen vorgetragen. Bis Mittwoch Abend wurde Bedenkzeit gegeben, und wo bis dahin nicht bewilligt, sollte Donnerstag früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden. Die Klemppner hatten Mittwoch, den 24. August, ebenfalls eine Versammlung, in der beschlossen wurde, nichts zu bewilligen. Doch Beschußfassen und — holten in bei den Betrieben Zweiterlei. Bis Samstag, den 26. August, hatten bereits 40 Betriebsteile mit 400 Kollegen bewilligt. Ebenso viel Kollegen befinden sich im Ausland. Eine ganze Reihe von Firmen möchte schon bewilligen, aber nicht unterschreiben; doch können wir auf Grund unserer früher gemachten Erfahrungen nicht auf die Unterschrift verzichten. In einer am 30. August stattgefundenen Meisterversammlung wurde beschlossen, wenn die Streikenden bis Mittwoch, den 3. Sep-

tember, die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, soll am Donnerstag, den 4. September, eine allgemeine Abschaltung vorgenommen werden. Wir nehmen diesen Beschuß nicht ganz ernst, wie man überhaupt Mühe hat, bei dem ganzen Gebahren der Innungsmeister ernst zu bleiben. Sollte es aber doch ernst werden, nun, dann nehmen wir den Kampf auf, und werden wir unsere Schuldigkeit thun. Darauf kann dann keine Rede sein, daß, wie der Herr Klemppner in der Meisterversammlung sagte, die Gesellen in 8 Tagen zu Freizeit kämen. Es wird ganz anders kommen.

Hamburg. In den Innungsversammlungen sowohl wie in der Innungsmeistern zur Verfügung stehenden Presse wurde wiederholt gegen den Terrorismus und Vandalsmus der Gesellen zu Felde gezogen und die gesamte Polizeimacht gegen diese Missethaten angerufen. Musterhafter ist wohl selten eine Bewegung verlaufen als diese. Der doch sicher scharf vigilirenden Polizei ist es bisher noch in keinem einzigen Falle gelungen, einen Gesellen abzufassen, der fertiggestellte Klempnerarbeiten zerstört hat. Ein einziger Klempner ist zu drei Tagen Gefängnis verurtheilt worden, weil er einem Arbeitswilligen auf die Hühneraugen getreten haben soll. Die Reinfälle, welche die Polizeibehörde bei ihrem Vorgehen gegen die Klempner, die angeblich den Verkehr gestört haben sollen, erlitten hat, dürften auch den Maßgebenden von der Klempnerinnung nicht unbekannt geblieben sein. Die einsichtigeren Elemente unter den Arbeitgebern sind es fast, sich länger von Herrn Terlien gängeln zu lassen. Die Inhaber einer ganzen Reihe von kleinen Werkstätten haben ihre alten Leute wieder eingestellt zu den alten Bedingungen. Das ist eine Thatsache, die Herrn Terlien wohl sehr unangenehm sein mag, mit der er sich aber abzufinden hat.

Metallarbeiter.

Berlin. Die Dreher streiken bei Borsig. Dieses unglaubliche ist geschehen, nachdem alle Welt immer geglaubt, bei dieser renommierten Weltfirma sei alles in schönster Ordnung. Allein Herr K. R. Borsig und mit ihm sein Beamtenstab haben es verstanden, den einigermaßen guten Ruf, den das Werk bei den Arbeitern hatte, langsam aber sicher zu Grunde zu richten. Abzüge über Abzüge sind in letzter Zeit erfolgt, und dazu sind die Werkzeuge in einer Ordnung, schlimmer wie bei einem kleinen Krauter. Werkveranstaltungen haben stattgefunden, Kommissionen sind vorstellig geworden, alles vergeblich, und so half hier weiter nichts, als den Machtmitteln des Kapitalismus die Waffenmittel der Arbeitsorganisation entgegenzustellen. Die Formar waren die ersten, die vorgingen. Nach dem Formarstreik im Jahre 1899 war festgelegt worden, daß der Ausschuß, an dem den Arbeiter keine Schuld traf, bezahlt werden sollte. Herr Ingenieur Stähle ignorierte diese Abmachung in letzter Zeit vollständig, und erklärte, so etwas gibt es bei Borsig nicht mehr. Auf diese Weise sollte ein Formar um seinen Verdienst von 120 Mark kommen. Eine Summe, deren Akkordpreis so hoch war, war Ausschuß, jedoch ohne seine Schuld. Die Formar verlangten Prüfung der Sachlage; und siehe da, die Summe war verschwunden. Einzelne Stücke jedoch, die man noch fand, bewiesen zur Genüge, daß das Material nichts taugte. Nach mehrfachen Verhandlungen, bei denen die Formar einmal geschlossen die Arbeit versiehen, wurde von der Firma zugesagt, an den 1897 getroffenen Vereinbarungen festzuhalten. Ebenso wie in der Gießerei so herrschen auch in den andern Werkstätten, hauptsächlich in der Dreherrei, Zustände, die sich die Kollegen unnötig länger gefallen lassen müssen. Es ist Thatsache, daß in letzter Zeit, trotzdem das Werk Arbeit hatte, Kollegen 30, 35 und 40 Pf. die Summe verdient haben, und eingearbeitete Kollegen 15, 20 und 25 Mark weniger verdient haben, als im vorigen Jahre. Die Ursachen sind nun auf verschiedene Gebiete zu suchen. Die Kalkulation ist bei der Firma Borsig ein Bluff. Wir sind ja sonst nicht abgeneigt, die Gelegenheit des Alters zu verwischen, wenn man aber sieht, wie hier junge Leute, die kaum aus den Stiefeln sehen können, Preise machen, die nachher, um einigermaßen angemessen zu sein, verdoppelt werden müssen, ja verdreifacht (Preise sind zur Hand), dann muß man über dieses Institut den Kopf schütteln. Nur ein Beispiel: Es ist eine Arbeit fällig, die der Kalkulator alle Ehre macht. Der Arbeiter, der das Stück bekommt, ist mit dem Preis nicht zufrieden. Er spricht mit dem Kalkulator und dieser läßt sich erweichen und sagt: „Na, dann wollen wir uns den Raub teilen“. Worauf diese Leute nun noch soviel Geld ausgeben. Das Schlimmste nun aber ist, daß die Meister angewiesen sind, über die Kalkulation nicht hinauszugehen. Eine andere Ursache des schlechten Verdienstes sind die Werkzeuge. Die Kollegen sind auch hierüber vorstellig geworden. Denn nachdem wir eine Revision erhalten haben, die die Arbeit ungemein erschwert, erwies sich alles als ungültig. Es ist noch unserer Ansicht doch aber nicht Sache der Arbeiter, Dertartiges zu verbessern. Und wenn der Herr Ingenieur Bona erklärt, der Obermeister Kahl sei ein tüchtiger Fachmann, dann müssen wir es hören, derjeße muß lange geschlafen haben, wenn er z. B. nicht gewußt hat, daß die Werkzeugausgabe viel zu klein ist und nun auf Arbeiten der Arbeiter vergrößert wird. Das und noch vieles Andere ließ bei den Kollegen den Entschluß reifen, endlich einzutreten! die Sache energisch anzufangen. Zu mehreren Werkstättenversammlungen wurde daher der Beschuß gefaßt, 50 Pfennige Mindestverdienst pro Stunde zu fordern und wenn diese Forderung nicht verfüllt wird, in den Zustand zu treten. Die Kommission, die vorstellig wurde und mit Herrn K. R. Borsig, G. D. Neuhause, Ingenieur Stämpf und Bona verhandelte, wurde mit ihrer Forderung abgewiesen und es legten am Mittwoch, den 3. September 145 Dreher die Arbeit wieder, 9 meistens alte Dreher blieben. (Von den Ausständigen gehören 10 dem D. M.-A.-B., 19 dem H.-D. G. an, 15 sind unorganisiert.) Am Donnerstag darauf versuchte die Kommission wieder zu verhandeln in Gegenwart der Kollegen Scheffler vom M.-B. und Traubert vom H.-D. G. Als Herr Borsig die beiden Verbandsbeamten sah, forderte er dieselben auf, sofort seinen Post zu verlassen. Er äußerte sich der Kommission gegenüber, es sei eine Freiheit, daß fremde Leute sein Haus betreten, er sei „Herr im Hause“. Die Verhandlungen scheiterten wiederum tatsächlich auf Betreiben des Herrn Ingenieur Bona. Am Freitag, den 5. September, befand sich eine Ver-

Samstag der ganzen Vorstig'schen Fabrik mit dieser An-gelegenheit. Einstimig wurde das Vorgehen der Dreher gutgeheissen und beschlossen, die Kommission solle noch einmal vorstellig werden. Dieses wird geschehen, ferner ist das Einigungssamt angerufen. Die Dreher, die keinen Weg untersucht lassen, um eine Einigung zu erzielen, sind aber auch fest entschlossen, auszuhalten. Streikbrecher sind noch keine vorhanden, die haben sich bei den letzten Streiks den Schäften geholt. Hauptfache der Kollegen allerorts ist es nun, den Zugang nach hier zu halten, dann ist der Sieg unser!

Berlin. Einen vollen Sieg über die Kühnemänner haben die Unständigen in den Nileswerken in Oberkönnz zweie Berlin errungen. Viele Hallen waren in diesem Betriebe die Dreher ausständig geworden, da ihnen gegen die fortwährenden Füllzüge — eingeschürt war das amerikanische Lohnprämien-System — ein anderer Weg nicht mehr verblieb. Trotz aller Anstrengungen gelang es der Firma nicht, Streikbrecher zu finden. Ein schönes Beugnis, das sich die Arbeiter in der schwierigsten Zeit der Krise ihrem Solidaritätsgefühl ausstellen. Dabei hatte die Firma Streikbrecher höhere Löhne versprochen, wie die Unständigen erhalten hatten, und außerdem sollten sie auf den Nileswerken unentgeltlich Logis finden, für welchen Brod eine große Zahl Patrizen und Deden beschafft worden waren. Das Absuchen der Nileswerke bei dem Berliner Scharfmacherverband der Kühnemänner, mit den Unständigen Unterkünften anknüpfen zu dürfen, wurde von den Herren in der Gartstraße abgewiesen. Fritz Kühnemann drohte aber, falls die Streikenden in den Nileswerken die Arbeit nicht bedingungslos aufnehmen, eine Gesamtaussperrung der Berliner Metallarbeiter an. Eine furchterliche Drohung für Arbeiter in der Zeit der Krise, doch sie wirkte nicht. Doch wurden auf den Nileswerken noch die Farauer ausgesetzt. Am 28. August erbot sich die Direktion der Nileswerke — die nun freilich schmälerlich aus dem Scharfmacherverband ausgegliedert werden wird — mit den Arbeitern zu unterhandeln. Das Resultat der einstündigen Verhandlung war, daß die Fortsetzungen der Arbeiter vollständig anerkannt wurden und die Arbeitsaufnahme am Freitag früh erfolgt, d. h. schon erfolgt ist. Dieser Sieg bei wirtschaftlichem Niedergange über die Kühnemänner ist ein Siegeszug der Berliner Metallarbeiter. Der stolze Hochmuth Fritz Kühnemanns und seiner Helferchef hat eine schwere Niederlage er-sitten.

Breslau. In einer gut besuchten Versammlung sprach am 30. August Kollege Schlegel-Breslau über: "Die gegenwärtige Geschäftslage in der Metallindustrie und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter". Paul Schlegel brachte in seinen mit großer Ausführlichkeit und allgemeinem Beifall aufgenommenen Plauschungen auch die Vergebung von Eisenarbeiten für die hiesige Stannktion an eine auswärtige Firma zur Sprache. Die verschiedenen Umstände, die darauf hinwiesen, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, finden häufig noch Förderung und Stütze bei staatlichen und städtischen Institutionen. So habe man bei der Vergabe von Arbeiten für die hiesige Randalisation nicht daran gesehen, die Breslauer Arbeiterchaft schwerfrächtig und torquenzähig zu machen, vielmehr habe der Magistrat, um 1200 M. zu sparen, den Auftrag an eine auswärtige Firma vergeben, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen so schlecht seien, daß es notwendig gewesen wäre, für die offensivaten Schäden des Kommissionsweisen mehr sozialpolitisches Beständigkeit zu zeigen. Bei Substitutionen müsse man die Bedingung stellen, nur solche Unternehmer zu berücksichtigen, die ihren Arbeitern gewisse Löhne zahlen und in Bezug auf die Maßnahmen für die Gefundheit und Sicherheit in den Betrieben ihren Pflichten nachkommen. Indem sich die Stadt nur von dem Gerichtspunkte der größten Willigkeit habe leiten lassen, trage sie Schuld daran, wenn sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Outilienhütte zu Mittwochstagen demnächst noch verschlechtern werden. Herr Schirmachermeister und Stadtverordneter Künzle, der zur Distinktion des Wort ergriff, meinte, er habe in der letzten Stadtverordnetenversammlung den Eindruck gewonnen, daß sich der Magistrat in dieser Substitutionsslegenheit selbst einer idooren Unterlassungslücke bewußt gewesen sei; die Antwort des selben habe für die hiesige Industrie ein beschämendes Armutszeugnis enthalten, und zugleich betonte der Magistrat eine Konsequenz gegenüber der so oft erhobenen Rahnung: Kunst am Platz! Angehörige der Ratafiasphäre, so kommt man das Vorwurfmuch wohl mit Recht nennen — dem anstatt durch die Randalisation Beschäftigung in seinem Berufe zu finden, werde mancher Arbeiter im Winter mit Hände und Schoppe an dem Kamale arbeiten können — sei es im höchsten Markt umzug von der Randalisation gewesen, diesen freier zu begreifen. Es werde aber dadurch immer mehr klar, daß es für die Arbeiter notwendig sei, mit den jüdischen Schwerindustriellen in Führung und durch eine Tarifgemeinschaft hauptsächlich der gefährlichen Konkurrenz auf dem Raumwesen zu bilden. In der Randalisation seien auch freimaurige Parteigruppen, die zu einer Partei des Bolzes gehören wollen, wenn diese selbst gegen den Magistrat keinen Widerstand erhoben haben, dann müsse der Arbeiter erkennen, daß seine Interesse mit den jenen Stadtvorordneten Schärf und Förderung zu erhalten habe, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung ruhen. Die Ge-folge liege sehr nahe, daß die Randalisierer Arbeiter in ihrem Lohn gedrückt werden, auch sie, die bisweil Sieger geblieben seien, werden dann vor dem Schlegel mit bestossen, der die hiesigen Arbeiter getroffen hat. Aufgabe der Gewerkschaften müsse es sein, die Schäden des heutigen Schwerindustriezweigs mit aller Energie bejähigen zu helfen. Kollege Schlegel fügte dann noch hinzu, daß es sehr wohl möglich sei, die Häute des Schirmacherschafens auszunutzen. Die Arbeitgeber haben es in der Hand, ebenso wie sie über Qualität und Lieferzeit Bedingungen stellen, darauf zu sehen, daß die Arbeiter einen gewagenden Lohn erhalten und die hiesigen Arbeiterhälften den modernen Richtungen entsprechen. Auch er habe die Bedeutung der sozialen Vereinbarungen mit den Arbeitgebern als ein Mittel, zu begrenzen Befürden zu ge-langen, hervor.

Hannover. In der Metallwarenfabrik von E. Feinele & Co. in der Hettstraße befindet sich seit einiger Zeit ein miserabile Zustand. Die Aufforderungen werden fortgesetzt reduziert. Vom Ingenieur abweichen darf bei allen Meistern so sinnlich das Bestreben, die höchste Leistung in ehrlicher Behandlung der Arbeiter aufzustellen. Um weitesten hat es darin der Herr Portier gebracht, den seine frühere circa 18jährige Tätigkeit als Gerüstmann und Gefängniswärter ja auch besonders dazu qualifiziert erscheinen läßt. Da der Herr eines unserer Mitglieder wegen Bekleidung verklagt will, werden wir wohl auch gebrauchen, ihm, mitzuteilen, wann der gute Mann die schöne Stellung als Gefängniswärter hat aufzugeben müssen. Nebenbei herrscht in der Fabrik noch ein System, wie es in gleicher Weise kaum sonstwo in Deutschland gefunden werden dürfte. Es werden nämlich jedem Arbeiter am Basalttag von seinem Lohn 2½ Prozent abgezogen wegen der schlechten günstlichen Lage. Unseres Erachtens wäre es verträglicher, es würden die Herren Beamten usw. usw. zur Erfolgsleistung des Schadens angehalten, den ihre oft so unverständlichen Amtshandlungen verursachen. Wenn das geschiehe, würde zwar das Gehalt des Herrn Betriebsleiters nicht mehr so groß sein, aber der Herr Blasberg würde dann über die "heitere Produktion" auch nicht mehr so stark zu klagen brauchen. Die Arbeiter werden dort alle 14 Tage ausbezahlt, d. h. eine Woche gibt's Vorzugs, die andere Woche "Rest". Vor Kurzem erhielt z. B. ein etwadsener Arbeiter die eine Woche 10 M. Vorzugs, die zweite Woche 1,50 M. Rest, also 11,50 M. in 116 Stunden, da eine 36 Stundenwoche kostet 10 M. Und dabei kostet das Pfund Fleisch 80 Pfsg. Gegen alle diese Zustände beschlossen nun die dortigen Arbeiter einmal energisch Front zu machen. Der Arbeiterausdruck wurde vorstellig, mit Redensarten abgespeist und dann ein Mitglied davon ausgelassen. Blasberg verteidigte dann die Annahme einer ihm mittelst eingeschriebenen Briefes zugegangenen Resolution, "da er auf Verhandlungen überhaupt nicht aufpaßt". Nun, er erhält die Resolution eben doch, aber er änderte nichts in seiner Fassung. Da nun auf gütlicher Weise absolut nichts zu erreichen ist, beschlossen die Arbeiter, nochmals vorstellig zu werden und die Herstellung und Zeitlegung der früheren Aufforderungen zu verlangen, ferner einen Stundenlohn von 38 Pfsg. bei 9½ stündiger Arbeitszeit, sowie die Garantie desselben bei Überarbeiten, endlich die tägliche Lohnauszahlung. Will Blasberg darauf nicht eingehen, so wird am Dienstag, den 9. September, die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter sind bis auf ein paar Männer alle organisiert, und ersuchen wir, von Hannover den Zugang streng fern zu halten, besonders von Schlosser, Formern, Zechern, Lernern und speziell Wagner zu sperren.

Haslach. Nach einem Referate des Kollegen Sauerwaldsche, der am 24. August über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation referierte, entpuppte sich eine lebhafte Debatte über die Missstände bei der Firma Högl, die den Arbeitern nur Hungerlöhne zahlt. Doch auch hier geht es vorwärts, wie die fortgesetzten Mitgliederaufnahmen beweisen. Beiträge und Spenden für Haslach munitiont Gezoge Richard Bräuermann, Unteroffizier der Filiale Offenburg, entgegen.

Heiligenhaus. In einer in Hettstraße abgehaltenen Versammlung wurden die Missstände auf den vereinigten Siegel- und Schloßschäften (Abteilung Heiligenhaus) von den dorthin berücksichtigten Schleifern einer herben Kritik unterzogen. So sollen den Schleifmühlenschleifern Preise angeboten werden, die oft aller Beschreibung spotten; dann wieder auch für ein und dieselbe Arbeit verschiedene Preise gezahlt. Gerner fehlt es an gutem Leder und guten Spannzeugen; in der Schleiferrei fehlt es auch an jedweder Ventilation. Die Schleifer haben alle gefindigt. Die Firma ist nun auf der Suche nach Schleifern. Wir ersuchen darum, den Zugang nach hier streng fern zu halten. Wenn der Zugang fern gehalten wird, werden die Schleifer schon sorgen, daß bei geplanter Firma einmal geordnete Zustände geschaffen werden. Anfragen sind zu richten an Wilhelm Fäking, Hauptstraße.

Kathen. Kollege Küngel erklärt in einer längeren Zusage an uns die Bemühungen der Firma Gustav Küngel und Gustav Körbel in Halle für Verbesserungen und will, falls die Verbesserungen nicht eintreten, gegen die Betriebsleiter weiter vorgehen.

Mühlhausen i. Th. Wir halten es für dringend nötig, den Kollegen ein wichtiches Bild über hiesige Verhältnisse zu geben und die hiesigen Metallarbeiter an ihre Rücken zu erinnern. Es bestehen hier vier Fabriken, die insgesamt etwa 1000 Arbeiter beschäftigen, von denen nur ein kleiner Theil organisiert ist. Sowohl der Fertigungs- als der Arbeiter stehen dieselben vollständig in der Gewalt der Arbeitgeber. Abzüge kosten Art. Chancierung bei Fertigung der Arbeit, Durchmärschung bei Feier patriotischer Feiern sind laufend zu verzögern. Dabei sind Verdienste von 20—24 M. bei 11½ stündiger Arbeitszeit und 14½ stündiger Lohnzahlung keine Seltenheit. An einer anderen Spezialisierung der Schleifer leidet die Firma Schmidt u. Schäfele, Motorenbau. Obwohl die Firma vor kurzem wegen Überarbeitung der Leistungen mit 160 M. bezahlt wurde, haben während die Schleifer wieder über freiem Kopf arbeiten müssen. Besonders schrecklich ist die Fertigungsserie des Herrn Schäfele zu nennen. Sollte es wiederholen, daß ein Arbeiter in 1½ Stunden die Fabrik jünger verläßt, folgt sofortige Entlassung. Stundenlohn 17—25 Pfsg. In der Firma Maschinenfabrik hat sich vor Kurzem der Arbeiter Wolf erinnert, zwei ausgeleitete junge Leute eines kleinen Betriebes wegen zu schlagen, ohne daß die Geschäftsgem. Stellung dagegen genommen haben. Nun diesen mag es für auswärtige Kollegen wenig verständlich sein, nach Mühlhausen zu kommen. Den hiesigen Kollegen aber rufen wir zu, erinnern auch und befürchtet Euch auf Euch selbst! Alle Nebenstände werden nicht schwinden, wenn Ihr nicht hand anlegt. Kreier einschließlich in den D. W.-B., damit Ihr der vereinigten Gewerkschaft eine geschlossene und gut disziplinierte Arbeiterschaft entgegenstellen könnt. Glaubt nicht, daß das

Unternehmertum Euch freiwillig Zugehörnisse macht. Besucht regelmäßig die Versammlungen, damit wir über hiesige Verhältnisse raten und thaten können. Auch unsere jungen Verbandskollegen fordern mir auf: Beleihigt Euch reger an unsern Versammlungen und verschwendet Euer Geld und Eure kostbare Zeit nicht in Euch schädigenden Altkonservativen. Tretet ein für Eure eigenen, rohen Interessen, so wird der vorherrschende Haucheli und Speicheldelei bald ein Ziel gelegt sein.

R undschau.

Zu unserer Rundschau ist im Nr. 35 unter der Spalte: "Folgende verdientwürdige Notiz", bemerkt das Correspondenzblatt: Wir haben bereits in Nr. 34 des Corr.-Bl. S. 587 berichtet, daß die Fachkonvention der General-Föderation of Trade Unions zu Leeds dem Antrage ihres Verwaltungsrates, die Einladung zu der auf englischem Boden tagenden internationalen Gewerkschaftskonferenz ergehen zu lassen, gestimmt. Doch es sich dabei lediglich um die jährliche Konjunktur der Landesföderate der verschiedenen Nationen und nicht um einen Gewerkschaftskongress handeln kann, geht hier aus den Beobachtungen der Stuttgarter internationale Konferenz hervor. Die nächstjährige internationale Konferenz der Landesföderate wird sonach in Dublin stattfinden. Die "Petit République" ist also falsch unterrichtet.

Weitere "christliche" Gewerkschaftsgründungen. Während Brust eifrig dabei ist, den neuen christlichen Metallarbeiterclub und Lebensfähig zu gestalten, beschäftigen mit Brust unzufriedene Bergarbeiter die Gründung eines neuen christlichen Gewerbevereins der Bergarbeiter, der sich eng anlehnen soll an den christlichen Gewerbeverein der Metallarbeiter. Die mit Brusts Gütervereinen unzufriedenen Bergleute wollen also den Spiegel umkehren und sich an den von Brust gehaltenen Metallarbeiterverein Wiebers anlehnen, mitin die Position Wiebers in demselben Grade stärken, wie sie diejenige von Brust und Giesbert schädlichen Einflusse reiche Bergarbeiterführer sollen den Gedanken einer solchen Neugründung wiederholt eingehend beprochen haben, und beachtfügten, wenn endgültige Beschlüsse heute auch noch nicht gefaßt sind, einen neuen Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter noch vor Abschluß dieses Faßtes ins Leben zu rufen, falls die Brustschen Gütervereine nicht alsvals aufhören. Diese neuen Vereine werden aber nicht nur Brust und Giesbert, sondern das ganze Beutrum bekämpfen müssen. Eine Spaltung der katholischen Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk wird gleichbedeutend sein mit dem Ende der Freizügigkeit des Zentrums in jenen Kreisen.

Ein neuer Werkzeugstahl als Krisenverschärfer. Ein neuen Werkzeugstahl, der an Leistungsfähigkeit alle bisherigen Stahlsorten übertrefft, wird von der Bismarckhütte in Oberöhrleien auf den Markt gebracht. Der neue Werkzeugstahl ist in allen Betrieben und bei den gebräuchlichen deutschen Werkzeug-Maschinen anwendbar, ohne daß diese irgendwelchen besonderen Veränderungen unterzogen werden müssen. In einem vergleichenden Beispiel läßt sich der Nutz-Effekt der neuen Erfindung am besten erkennen. Eine Stahlwelle von ca. 50 Millimeter-Durchmesser Oberfläche ist aus einem Material von besonderer Härte angefertigt. Die Zerschlagsfestigkeit der Welle beträgt ca. 90 Kg. pro Quadratmillimeter. Von dieser Welle wird ein Span von ¼ Millimeter Dicke und 3 Millimeter Breite abgenommen. Unter Verwendung gewöhnlichen Werkzeugstahls braucht man hierzu etwa 280 Min. mit Taylor-White-Stahl etwa 140 Min. und mit dem neuen Bismarckhütter Stahl nur 50 bis 60 Min. Arbeitszeit. Bei der hierbei in Anwendung tretenden Geschwindigkeit wird das Taylor-White-Werkzeug nach wenigen Minuten stumpf, während das aus dem neuen Bismarckhütter Stahl gefertigte Werkzeug diese Stunden ununterbrochen arbeitet, ohne stumpf zu werden. Noch offenkundiger tritt der Fortschritt, der mit der Bismarckhütter Stahl geschaffen worden ist, hervor, wenn man die Bearbeitung genau derselben Welle vornimmt, indem sie bei gleicher Spannweite mit nur ¼ Millimeter Spannweite geschält wird. Hierzu bedarf man folgender Zeiten: bei gewöhnlichem Werkzeugstahl 850—900 Minuten, bei Taylor-White-Stahl etwa 500 Minuten, bei dem neuen Bismarckhütter Stahl 80—100 Minuten, also netto den fünften Theil der bisher notwendigen geringsten Arbeitsdauer. Weiter sei erwähnt, daß beim Schleifen von Nieten durch Abnahme kleiner Späne, unter Anwendung des neuen Bismarckhütter Stahles, noch eine Umdrehungsgeschwindigkeit von etwa 100 Metern in der Minute oder ca. 1700 Millimetern in der Sekunde erreicht werden kann, während Werkzeuge aus allen anderen Stahlarten bei solcher Geschwindigkeit gar nicht zum Anziehen gebracht werden können. Unsere vorliegenden auffallenden Beispiele und Angaben, so schreibt der Berichterstatter des Breslauer Generalanzeigers, beruhen auf den Endergebnissen monatelanger Versuche, welche mit den neuen Bismarckhütter Stahlwerkzeugen in der Bismarckhütte ange stellt und von Sachverständigen begutachtet wurden.

Wenn diese Mittheilungen mehr sind wie ein ganz gewöhnliches Börsenrumör, dann ist dieser neue Werkzeugstahl geeignet, die Krise in ungünstiger Weise zu verstärken. Eine fünfmal größere Leistungsfähigkeit, wie der bisher beste Werkzeugstahl, bedeutet fast in demselben Maße eine Verkürzung des Arbeitsspanns an Werkzeugmaschinen.

Die "Arbeitswilligen" machen ihren Arbeitnern bald keine Freude mehr. Wir haben schon wiederholt Gelegenheit genommen zu zeigen, was für Auswürtige Kollegen wenig verständlich sein, nach Mühlhausen zu kommen. Den hiesigen Kollegen aber rufen wir zu, erinnern auch und befürchtet Euch auf Euch selbst! Alle Nebenstände werden nicht schwinden, wenn Ihr nicht hand anlegt. Kreier einschließlich in den D. W.-B., damit Ihr der vereinigten Gewerkschaft eine geschlossene und gut disziplinierte Arbeiterschaft entgegenstellen könnt. Glaubt nicht, daß das

schon seit vier Wochen andauert. Eines Tages spießte sich folgende Szene ab: Nach Schluß der Fabrik verhandelten sich die Herren Aussteiger auf der Straße und gingen — etwa 10—12 Mann stark — nach der Weißeritzbrücke ein, in deren Nähe einige der Ausgeperrten ruhig ihres Weges zogen. Hartm ihrer anfänglich gewordenen, überstiegen sie diese förmlich und regalirten sie mit den gemeinsten Beschimpfungen, wie: „Wir faulen Schuft, geh habt lieber arbeiten, damit wir was zu freijen habt!“ „Haut doch die Lumpen in die Schanze; schade, daß nur mein Schuhmann da ist, sonst ließen wir die Welt einsperren!“ Ein 18jähriges Aussteigerchen, das besonders Courage zu haben schien, meinte sogar: „Wenn wir mal über euch 50 Mann herfallen, hau'n wir euch in 'n Dreck!“ Zu diesem Tone ging es fort. Manche Redensarten waren jährlin, daß man sie nicht öffentlich sitzen kann. Nur die Stille und Besonnenheit der Ausgeperrten ist es zu danken, daß es nicht schon zu schlimmen Szenen gekommen ist. Man er sieht aber aus diesem Beispiel, daß es viel nößiger wäre, die Streikenden vor den Wohlheiten der Arbeitwilligen zu schlagen, als umgekehrt.

Das neue Berliner Gewerbegerichtsstatut, das die Gemeindebehörden förmlich beschlossen haben, hat die Genehmigung des Oberpräsidenten erhalten. Eine Besetzung dieses Statuts ist die, daß die Wahlen der Arbeiter ohne vorherige Aufstellung von Wählerlisten stattfinden, während für die Arbeitgeber nach wie vor Wählerlisten aufgestellt werden, und zwar geschieht diese Aufstellung vom Magistrat von Amts wegen. Von der durch das neue Gewerbegerichtsgesetz geschaffenen Möglichkeit, das System der Verhältniszahl durch das Elatit einzuführen, haben die beiden städtischen Behörden keinen Gebrauch gemacht, nachdem vorher der Anschluß des Berliner Gewerbegerichts, leider unter Zustimmung der aus den Gewerkschaften hervorgegangenen Arbeitnehmerleistung, sich gegen die Einführung der Verhältniszahl gekämpft hatte. Nach dem neuen Statut finden die Gewerbegerichtswahlen nicht, wie bisher, im September, sondern im Oktober oder November statt.

Internationale Streikstatistik. Der Arbeitsmarkt berichtet: Die merkliche Besserung der Beschäftigungsgrade in den meisten Industrieländern, die während des Kriegs eingezogen hat, brachte auch die Streikbewegung wieder in lebhafteren Rhythmus. War der Zahl nach haben die Ausstände im Juli etwas abgenommen: in Deutschland und Frankreich und England zugunsten begannen nur 81 Streiks gegen 67 im Juni. Ganz erheblich aber ist die Zahl der Verhältnisse gewachsen. Sie betrug, jenseits darüber seien Cennungen vorliegen, in Frankreich 6434 gegen 5905, in England aber nicht weniger, als 104,642 gegen 10,679 im Juni. Diese starke Streikbeteiligung ist auf allerdings kurze, aber zweckmäßige Arbeitseinstellungen zurückzuführen, die im Bergbau stattgefunden haben. Ausgeführt werden hier 13 verschiedene Ausstände gezählt, an denen sich 102,591 Arbeiter beteiligten. Am umfangreichsten war die Arbeitsförderung in den Kohlengruben der Distrikte Nottingham, Coalfield und Pontefract in Yorkshire, wo die jungen Hilfsarbeiter streiten, weil die Arbeitgeber eine höhere als die vereinbarte Gehprozentige Lohnverkürzung vorgenommen hatten. In Österreich haben die Ausstände der Landarbeiter noch eine weitere Ausweitung angenommen. In einem Walde bei Dobromila, wo sich an 7000 Landarbeiter versammelten, wurde beschlossen, alle Landarbeiter in Tschechien zur Arbeitsniederdemung aufzufordern. Dem Beifluss fanden auch sofort die Landarbeiter in einer ganzen Reihe von Gemeinden des Bezirkes Zborec nach. Wie in Galizien ist die Streikbewegung der ländlichen Arbeiter auch noch in Italien und Spanien sehr lebhaft. In Spanien sind einige Streitgebiete mit starken Truppen besetzt worden, ohne daß dadurch eine Verhüllung eingerichtet wäre. Zur Begrenzung, die Eingang musst und führt vielfach zu Ausschreitungen. So wurden in Villanueva die Erntefelder in Brand gestellt. Mit den freiliegenden Landarbeiter sympathisieren die gewerblichen Arbeiter. So sind in Galizien z. B. 1600, in Bilbao 4000 Landarbeiter ausständig geworden. Die Landarbeiterbewegung in Italien steht mehr als eine neue Währung ersegelt, als die Grundbesitzer in der Provinz Polesina alle diejenigen Arbeiter, die sich an den Streiks beteiligt hatten oder die organisiert waren, von den Erneuerungen ausschlossen. Von sonstigen Streiks in Italien in vor Atem der Ausstand der Führer in Sampierdarena (Genova) zu nennen, die schon im Mai in einer Entfernung ihre Forderungen aufgestellt und den Arbeitgebern vorgelegt hatten. Da keine Antwort erfolgte, so legten 1800 Arbeiter aus einem Arbeitgeber sofort die Forderungen der Arbeiter. Daraufhin bewilligten einige Arbeitgeber noch die Forderungen der Arbeiter. Das Streikband noch die Behörden des Zugewesens in Mailand. Sie verlangten einen Mindestlohn und Abschaffung des Auszugs fester Sachen in unsozial gezeigten Geschäften. In den nordischen Ländern streiten zahlreiche Arbeiter vornehmlich im Steinkohlen- und Eisenbergbau. Auch 400 Arbeiter einer Kurbolzfabrik in Saarbrücken legten die Arbeit nieder, da die Löhne um 10 Proz. herabgesetzt und gleichzeitig die Arbeitszeit verlängert werden sollte. In den Vereinigten Staaten dauerte der Streik der Kohlenarbeiter noch immer an, wenn auch manche Ausziden dafür sprechen, daß er seinem Ende entgegengesetzt. — Die Zahl der neu begonnenen Streiks betrug im Juli in Deutschland 24, Österreich-Ungarn 9, Schweiz 4, Frankreich 35 und England 23.

Das nordamerikanische Arbeitsministerium im Dienste internationalen Unternehmers. Praktisch in Auftrag des Arbeitsministeriums der Vereinigten Staaten von Nordamerika versendet ein Dr. Kuehnstorf konsulare best Belegschaften an Großindustrie der verschiedensten Städte Deutschlands. Die betrauliche Umschlag bezweckt, neue Mittel ausständig zu machen, mit denen

man den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu Leibe gehen kann. Wir sind überzeugt, daß das nordamerikanische Arbeitsministerium das nötige Verständnis bei dem deutschen Unternehmerschum finden wird. Das Schreiben des Dr. Kuehnstorf hat folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 29. Juli 1902.“

Ehr geckter Herr!

Zu den letzten Jahren sind, namentlich in England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, vermehrte Streiks seitens der industriellen Arbeitgeber laut geworden, daß ihre Arbeiterschaft, insbesondere so weit sie in Gewerkschaften vereinigt sind, die Leistungen des einzelnen Mannes oder der einzelnen Maschine pro Stunde einzuschränken verucht. Der Zweck, den die Arbeitgeber nach den Angaben der Arbeitgeber dabei verfolgen, ist, entweder die eigene Bequemlichkeit zu erhöhen, oder die Arbeitgelegenheit für arbeitslose Männer zu schaffen, oder den Arbeitgeber für die Bewilligung von Förderungen irgend welcher Art gefügig zu machen. Um letzten Falle dient die Einschränkung der Arbeitsleistung als Kampfmittel und wirkt an die Stelle eines Streites.

Als Mittel, deces sich die Arbeiter zur Errichtung ihres Gewerbes bedienen, werden im Allgemeinen die folgenden angewandt:

1) Die Arbeiter sehen eine Minimalleistung pro Stunde oder Tag fest, die der einzelne Arbeiter nicht überschreiten darf oder verabreden innerhalb einer Vertragszeitung des Arbeiters für Mann oder Maschine und befürworten die Festsetzung einer Minimal-Arbeitsleistung seitens des Arbeitgebers.

2) Sie widersehen sich der Einführung arbeitspatenter Maschinen, oder, wenn sie zugelassen werden, beanspruchen sie eine überreiche Bedienung derselben (möglich durch hochbezahlt gelehrte Arbeiter), oder sie verlangen einen so viel höheren Lohn für Maschinenarbeit, als für Handarbeit, daß die Einführung der Maschinen dem Arbeitgeber kaum noch rentabel erscheint.

3) Sie widersehen sich einer eingehenden Arbeitszeitierung und verlangen, daß dieselbe Arbeit einen ganzen Arbeitsprozeß von Anfang bis Ende durchführt oder wollen andererseits wieder mit ganz bestimmten Arbeiten bezeichnet und verbinden in beiden Fällen die zweitensprechende Ausnutzung ihrer Arbeitszeit.

4) Sie widersehen sich Lohnniveau, welche eine Verzahlung des Arbeiters nach seiner Leistung bestimmen (Stüdtlohn, Altvordlohn, Prämienlohn, Abzüge für geringe Leistungen) und verlangen einen einheitlichen Zeitlohn. Die Arbeiterschaft auf der anderen Seite bestreitet häufig das Vorhandensein solcher Bestrebungen und führt zum Beweise des Gegenteils Argumente über ein im Laufe der Zeit erfolgtes Steigen der Arbeitsleistung pro Mann oder Maschine an, oder sie redet sich diese Bestrebungen damit, daß sie im Interesse der Gesundheit der Arbeiter und der Eingaltung einer guten Qualität in der Arbeit notwendig seien.

Das Arbeitsministerium der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Washington mißt der Frage, ob sich in der Arbeitsleistung des einzelnen industriellen Arbeiters Veränderungen gewirkt haben, welche nicht auf technische oder geistige Arbeitsergebnisse hinzuweisen, sondern auf Bestrebungen innerhalb der Arbeiterschaft zurückzuführen sind, eine so große Bedeutung bei, daß es beschlossen hat, eine umfassende Untersuchung der einzelnen Verhältnisse in den verschiedenen Staatsräumen anzustellen. Der Untersuchung hat es übernommen, das Material für Deutschland zu sammeln.

Es wäre daher von großem Werthe für mich, zu erfahren, ob sich Erhebungen der obigen Art in Ihrem Betrieb früher gezeigt haben oder gegenwärtig zeigen. Ich erlaube mir, Ihnen zu diesem Zwecke einen Fragebogen mit der Bitte um gütige Ausfüllung und Rücksendung zu zuladen. Durch die Erfüllung meines Wunsches würden Sie einmal das Arbeitsministerium der Vereinigten Staaten und den Untersuchern zu großem Dank verpflichten; ich rede aber auch um so mehr darum, als eine Heftstellung der Thatsachen durchaus im Interesse des Arbeitnehmers gelegen ist. Erst wenn es mir herausgestellt haben sollte, daß die obigen Bestrebungen der Arbeiterschaft in erheblichem Umfange und erfolgreich in Deutschland existieren, wird es möglich sein, etwaige Schritte zu thun, um die Entwicklungsfähigkeit der deutschen Industrie von jenen Bestrebungen drohenden Gefahren abzuwenden. Sollten Sie mir für den Ausgang der Untersuchung interessiert, so werde ich gerne bereit sein, Ihnen den im nächsten Winter erwartenden Bericht, welcher die Ergebnisse für sämtliche untersuchte Länder umfaßt wird, gratis und franco zu senden. Selbstverständlich wird Ihre Auskunft als streng vertraulich behandelt werden. Sollten Sie es vorziehen, mit die Auskunft mündlich zu erörtern, so bitte ich um gefällige Benachrichtigung. Ich würde mir dann erlauben, Sie im Laufe der nächsten Wochen aufzusuchen.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergeben

Dr. Kuehnstorf, Kanoniste, 17/20.

Das Recht des Angestellten auf seine Erfindungen. Eine im praktischen Leben sehr häufig vorkommende Frage ist die, wie weit ein Angestellter ein Recht auf Ausübung der Erfindungen hat, die er im Dienste eines Andern macht. Diese Frage ist höchst vor dem Handelsgericht in Hamburg zur Entscheidung gekommen und zwar handelt es sich um den Fall, daß ein bei der Hamburger Münze angestellter Beamter auf Zeitschriftunglichkeitsrecht des Umfangs seines Dienstes auf Ausübung von Erfindungen klage, die er gelegentlich seiner amtlichen Tätigkeit machen werde. Das Gericht sprach hier über die gerichtliche Frage folgendermaßen aus: Sie Frage, in wie weit die Ergebnisse der Erfindertätigkeit eines — nicht etwa durch Vermietung eines Vertragsvertrichteten — Beamten oder im Privatdienste Angestellten ihm selbst oder seinem Dienstherrn, sei das ein Privater oder der Staat, gehören, ist längst positiver Gesetzesvorschriften wissenschaftlich ebenso viel

erörtert wie umstritten, meistens auf dem Sondergebiet des Patentrechtes. Während früher mehr Gewicht darauf gelegt wurde, ob der Erfinder innerhalb seiner Dienststunden oder örtlich in seiner Arbeitsstätte mit den Maschinen und Materialien des Dienstherrn gearbeitet hatte und ihm also nur die Bewilligung von dessen Eigentum die Erfindung ermöglicht hatte, neigt die Mehrzahl der Schriftsteller neuerdings dazu, den Umstand für entscheidend zu halten, ob der Beamte (Angestellte) zum Zwecke der Entwicklung erforderlicher Tätigkeit angestellt ist oder nicht. Nur im ersten Falle sollte der Dienstherr das Recht auf die Ergebnisse der Erfindertätigkeit haben, sonst müsse im Zweiten das eigene Recht des Autors an seiner geistigen Arbeit vorzehen. Andernfalls würden für den Fall zugestanden, daß die Beschäftigung des Beauftragten sich auf geheim zu haltende Fabrikation bezog, in welchem Falle natürlich eine freie Verwertung der dabei gemachten Erfindungen den Einrichtungsbedingungen entgegenstehen würde. Hierbei beruft sich das Urteil auf verschiedene Erkenntnisse des Reichsgerichts und Autoren und führt dann fort: „Die Vertheidigung der freien Ausnutzung des geistigen Eigentums durch den bekannten Berliner Juristen Stöber in einigen Punkten nicht weit gehe, könne für die Entscheidung des vorliegenden Falles dahingestellt bleiben. Unbedenklich sei der Definition Erfolgsatz, des Kommentators des Patentgesetzes, dahin bezüglich, daß der Anspruch des Dienstherrn auf die Erfindungen nur dann anzuerkennen sei, wenn „die Maschine der Erfindung in den Rahmen derjenigen Lösungen stehen siele, die für den Angestellten sich aus dem Engagement oder der ihm zugewiesenen Tätigkeit nach der Absicht der Parteien oder den im betreffenden Industriezweige geliebten Geschäftserfolgen sich ergeben.“ Darin kommt es also nicht darauf an, ob die Erfindung nur mit den Werkzeugen des Dienstherrn möglich gewesen sei, ob ein während der dienstlichen Arbeit geführte erforderliche Gedanke nächst in privater Arbeit bis zum Ergebnis einer Erfindung fortgesponnen werde, oder ob in den Beauftragten in Folge seiner amüliichen Tätigkeit die Erfindung zufällig entstehe, sondern es erfordere die Ergebnis der Erfindung in den Rahmen seiner Diensttätigkeiten auszuführen. Die Täglichkeit des Angestellten ist wesentlich im Analysen von Verzetteln. Würde nun da die Vereinfachung einer Analyse, eine bestimmte technische Vorrichtung als die bisher bei der analytischen Arbeit benutzt, gelingen, so wäre die vekürzte Zusammenfassung dieser Erfindung mit zu seinem eigenen Vorteile führen. Eine Lösungsvorschläge zuwidern. Denn es würde ja seinen Lösungsmöglichkeiten, die Analysen so praktisch wie möglich auszuführen, mit allen ihm innerhörenden Möglichkeiten entgegenstehen, für den Staat bestmögliches Material auf dem einfachsten Wege zu schaffen. Würde dagegen der Verteilung bei den Dienstplätzen analytischen Zwecken die Ausnutzung eines neuen Elements, eines chemisch bewebsenden Stoffes usw. gelingen, so wäre nebst dem Erbzettel keine Dienststättung ein Ausdruck des Staates auf Ausnutzung dieser für seine amtliche Tätigkeit belanglosen Erfindungen unvergänglich.

Allgemeine Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter (G. H. 29, Hamburg).

Die neuen Adressenberichtigungen, Ausgabe August 1902, nebst Vorlagen für Berichtigungen an das Wahlregister, wurden an sämtliche Filialen versendet. Sollte irgend eine Filiale dieselben nicht erhalten haben, so erfüllen wir zu reklamieren.

Da Bezug auf das Protokoll über die Generalversammlung in Würzburg sind folgende Verträge getroffen:

Der Abgeordnete Braun-Staudheim erklärt, daß er nicht gegen, sondern für Erneuerung des Kramergeldes stimmen habe; wahrscheinlich sei er mit Braun-Sauda vertrittet.

Auf Seite 48 ist richtig zu stellen, daß der Wahlkreis nicht gegen die Wahl der Filiale Berlin 4 ist, sondern, sondern gegen die Wahl in der 4. Wahlabteilung.

Der Abgeordnete Giese, Berlin, erklärt, er habe nicht

gesagt, „er wolle die ganze Verantwortung den Hamburger überlassen“ (Seite 60 des Protokolls), gerade das Gegenteil.

Holgerde Mitglieder, deren Anschrift unbekannt ist, wurden wegen Beitragsrückstand ausgeschlossen: Max Daus, 113,82; Carl Lindner, 108,67; Georg Wahl, 2,20; Friedr. Lorenz, 84,17; Peter Stippler, 121,32; Gustav Grüner, 5,45; Friedr. Ehme, 107,64; Kaffer, 102,71; Reiter nach § 5 Abs. 4 d. St. Lamberti Gesetz, 107,66; gelebt in Cöln, beigetragen in Würz. Sollte sich ein oder das andere dieser Mitglieder bei einer weiteren Versammlung melden, so erinnern wir, den Wählern mitzuteilen und das Mitgliedsbuch abzunehmen.

Um unlösbarer Verwechslungen und unbestimmten Zeitverlust vorzubeugen, erinnern wir, auf den an uns gerichteten Aufschriften stets den Namen der Filiale vor dem Datum zu legen, z. B. bei Minthorn nicht Elberfeld, sondern Minthorn, den 6. S., bei Lambrecht nicht Heidenholz, sondern Lambrecht, u. s. w.

Hamburg, 6. September 1902.

Mit Gruss

G. Deisinger.

Berlin. Die 4.—11. Wahlteilung bilden ihre regelmäßige Konferenz ab. Beschlüsse werden, die konferenzen wie bisher alle Wählzähre — und zwar im Januar, April, Juli, October — abzuziehen. Als Obmann wurde E. Kühnemann, Berlin, Cottbuser über 4 la. gewählt. Auch wurde der Wählzähre von den verbliebenen Verwaltungsmäßigkeiten getrennt, bzw. den Extra-Beiträgen, die erhoben werden müssen, die 5 Prozent Verwaltungsumsätze nicht in Anspruch zu bringen, damit der gesamte Gewinn des Wahlzähre zu Gute kommt.

Litteratur.

Von der durch die Buchhandlung Vorwärts in Wochenhäften zu 10 Pf. herausgegebenen Illustrirten Romanbibliothek „In freien Stunden“ liegen jetzt Heft 35 und 36 vor. Der mit prächtigen, für den Inhalt charakteristischen Zeichnungen geschmückte Roman „Die drei Musketiere“ von Alexander Dumas hat bei dem Leserkreis reichen Beifall gefunden, so daß wir wiederholt unsere Leser auf diese Romanbibliothek aufmerksam machen, die am Verbreitung der leider auch in Arbeiterkreisen noch vielfach verbreiteten Schundroman-Litteratur bestimmt ist. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

Bauarbeiterbuch im Königreich Sachsen. Herausgegeben von der Landeskommision für Bauarbeiterbuch im Königreich Sachsen. Preis 5 Pf. Dresden, Verlag von August Friedrich. — Druck von Norden u. Co. 1902.

Briefkasten.

Warteln. Uns unbekannt.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

Altötting. Samstag, den 20. Sept., Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den 12 Aposteln.

Augsburg. Samstag, den 20. Sept., Abends 8 Uhr, im blauen Bod.

Amberg. Samstag, den 20. Sept., Abends 8 Uhr, in der Restauration zur Mariusbrücke.

Bayreuth. Samstag, den 20. Sept., Abends 8 Uhr, bei Görl, im Kreuz.

Berlin. Sonntag, den 14. September, Worm. 10 Uhr, Gas-, Wasser- und Heizungsrohrleger im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal IV. — Sonntag, den 14. September, Worm. 10 Uhr, Schleifer, Galvaniseure und Hilfsarbeiter im Gewerkschaftshaus, Saal I. — Montag, den 15. September, Abends halb 9 Uhr, für Rummelsburg bei Lindner, Türschmidtstraße 27. — Mittwoch, den 17. September, Chirurgische Branche bei Niemann, Brunnenstraße 188. — Mittwoch, den 17. Sept., für Westen und Schöneberg im Lokal Hauptstraße 5/6, Schöneberg.

Berlin. Konferenzen der Vertrauensleute: Sonnabend, den 13. September, Abends halb 9 Uhr, für den Norden bei Diele, Ueckerstraße 123. — Mittwoch, den 17. Sept., Abends halb 9 Uhr, für den Süden im Gewerkschaftshaus, Saal 1. — Sonnabend, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, für Moabit bei Fischer, Waldfstraße 8. — Donnerstag, den 25. September, für Schlosser im Gewerkschaftshaus. — Donnerstag, den 25. September, für Mechaniker, Uhrmacher und Optiker im Gewerkschaftshaus.

Berlin. Die Mechaniker und Uhrmacher treffen sich jeden Sonnabend Abend im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15.

Bielefeld. Sonntag, den 21. Sept., Vormittags 10 Uhr, kombinierte Versammlung bei A. Endestel, Bürgerweg 14. — **Braunschweig.** (Former.) Samstag, den 13. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Weberstr. 32, außerordentliche Versammlung.

Bremenhaven. Sonnabend, den 20. Sept., im Colosseum, Bürgermeister Smitzstraße.

Brunthal. Samstag, den 13. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Saale zum Einhorn.

Cologne. Sonnabend, den 20. Sept., Abends 8 Uhr, im Saal zu den drei Kronen.

Darmstadt. Samstag, den 20. Sept., Abends punt 9 Uhr, in der Restauration Fischer, Dieburgstr. 18.

Dessau. Sonnabend, 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, im „Burgfeste“, Italienstraße.

Dortmund. (Kempner.) Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, I. Kampstr. 73.

Dohrheim. Samstag, den 20. Sept., bei Stuhl, „Zur schönen Aussicht.“

Duisburg. Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Hof vom Holland, Oberstraße 6.

Düren. Sonntag, 14. Sept., bei Ant. Müsler, Schnellstr. Düsseldorf. (Allg.) Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8.

Eisenach. Freitag, den 19. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Sozialhaus zum fröhlichen Raum.

Elversfeld. Samstag, den 20. Sept., Abends punt halb 9 Uhr, im Sozialhaus, Voßstraße 88.

Enden. Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Hotel Bellevue, Bahnhofstraße.

Erfurt. (Allg.) Sonnabend, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Zivoli, Magdeburgerstraße 51.

Erfurt. (Kempner und Fassbinder.) Sonnabend, den 20. September.

Eker a. R. Samstag, den 20. Sept., Abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen, Röntgenstr. 12.

Frankfurt a. M.-Bodenheim. Freitag, den 19. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Bierheilig, gr. Mittelgasse 56 in Gaggenau. — Samstag, 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, zu „Adler“, Grashäuserstraße 53 in Bodenheim. — Für Energie und Materialware am Samstag, den 20. Sept., im Gewerkschaftshaus, II. Et., Kolleg Nr. 4.

Gelsenkirchen. Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Gerhard Stamps am Herrenkrug.

Gießen-Bethel. Samstag, den 13. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Beengarten in Gießen.

Göltz a. S. Sonnabend, den 13. Sept., Abends halb 9 Uhr, im „Eulen-Dreier“, Merseburgerstraße.

Göltz a. S. (Kempner und Fassbinder.) Sonnabend, den 13. Sept., im Restaurant „Drei Könige“, II. Kriegstr. 26.

Hamburg. (Heizungssach.) Dienstag, den 16. Sept., bei Hilmer, Gänsemarkt 35, Lessinghalle. Vortrag.

Harburg. (Kempner.) Sonnabend, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei H. Hoppe, Langest. 25.

Heidelberg. Samstag, 20. Sept., in Sigels Bierwirtschaft, untere Neckarstr. 56.

Hirschberg. Jeden Sonnabend 8—11 Uhr Kassenabend.

Höchst a. M. Samstag, den 27. Sept., Abends 9 Uhr, in der Sonne.

Jena. (Allgem.) Sonnabend, den 20. Sept., Abends 8 Uhr, im Gaithof zur Krone.

Isenburg. Montag, den 15. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Weistein. Vortrag des Kollegen Kolhund aus Frankfurt.

Kalk. Dienstag, den 16. Sept., Abends halb 9 Uhr, in der Deutschen Eiche bei Nikolaus Kiel, Bistoriastr. 70.

Karlshafen. (Sektion der Blechner und Installatoren.) Samstag, den 13. September, keine Versammlung.

Kiel. Am 16. September, Abends halb 9 Uhr im Englischen Garten, gemeinschaftliche Versammlung.

Köln a. Rh. (Former.) Sonntag, den 21. Sept., Vormittags 11 Uhr, bei Bierhardts in Deutz, Düsseldorferstr. 1.

Köln-Lindenthal. Sonntag, den 21. Sept., Vormittags 10 Uhr bei A. Schwung in Braunsfeld.

Köpenick. Jeden Dienstag nach dem 1. des Monats. Jeden Sonnabend von 8—9 Uhr Zahlabend bei Kochitz, ebendaselbst Verkehrslokal, Müggelheimerstr. 2.

Kottbus. Samstag, den 20. Sept., im Lokal des Herrn Liegl, Schloßkirchstraße 12.

Krefeld. Samstag, den 13. Sept., Abends 9 Uhr, bei Gürtner, Rheinstraße 134.

Küdescheid. Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Rüggeberg, Grabenstraße.

Mersburg a. S. Sonntag, den 21. Sept., Vormittags 10 Uhr, in der „Funkenburg“.

Meh. Samstag Abend 9 Uhr im Restaurant Ullemann, Karlstraße.

Mügeln. Sonnabend, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, Zahlabend im Restaurant „Schweizergarten“.

Mülhausen i. Els. Montag, den 15. Sept., Abends 8 Uhr, bei Schill, Schniedstraße 3.

Mülheim a. Rhein. Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat bei Wittine Müller, Wallstr. 29 (Bur Schweiz), halb 9 Uhr.

Nen-Kuppin. Sonnabend, den 20. Sept., im Gesellschaftshaus bei A. Schröder, Gartenstr. 3.

Neusalz a. O. Samstag, 13. Sept., Hänsels Brauerei, Freiwalder Straße 1.

Overhausen (Rheinland). Samstag, den 20. September, Abends halb 9 Uhr bei Peter Hermanns, Ecke Grenz- und Lothringerstraße.

Offenbach a. M. Montag, den 15. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Saalbau.

Offenburg. Samstag, 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Schützen.

Pforzheim. Samstag, den 20. Sept., Abends 8 Uhr, im Deutschen Haus.

Raakatt. Samstag, den 20. Sept., bei Kling, Friedriksring 25/II, rechts.

Renscheid. Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Hede, Peterstraße. (Festlichkeitshalber für die Versammlung bei Petermann aus.)

Reutlingen. Samstag, den 20. Sept., Abends 8 Uhr, bei Lint, Rathausstraße.

Schmal kalden. Sonnabend, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, in der „Rosenau“.

Schw.-Günnid. Samstag, den 14. Sept., Abends 8 Uhr, im Lokal der „Kanne“.

Schw.-Holl. Samstag, 13. Sept., Abends 8 Uhr, im „Dünzhaus“.

Schwabenberg. Sonnabend, 20. September, Abends halb 9 Uhr, im Goldenen Anker, Saalstube.

Schwein. Sonntag, 14. Sept., Nachmittags 2 Uhr, bei C. Schünghaus.

Schwetzingen. Sonnabend, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, gr. Moor 51.

Schwaldebrick. Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Matthies, Hassfeld.

Stettin. Sonntag, den 21. Sept., Vormittags 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, St. Stellmacher, Bismarckstr., Hauptversammlung.

Solingen. Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Johann von Gels, Cronenbergerstraße.

Sonnehaide. Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Wittine Dietelshoven. Wohl eines Bevollmächtigten.

Tuttlingen. Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, im goldenen Adler, Jügerstraße.

Uerzen. Sonntag, den 21. Sept., Vormittags 11 Uhr, bei Hubert Eyer, II. Brüderstraße 25.

Wittenberg. Sonnabend, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Adler, Jüdenstr. 29.

Wiesbaden. (Allg.) Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr bei Koob, Petrusstraße 1.

Wiesstein. Samstag, 14. September, Nachmittags 4 Uhr, bei Kapitän Anton Plüg.

Worms. Samstag, den 20. Sept., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Würzburg. Samstag, den 13. Sept., Abends 8 Uhr, bei Büchlein, „Blau Glöde“. Kaffier: Reinhard Schmitt, Crombühlstr. 46.

Zerbst. Samstag, 20. Sept., Abends 8 Uhr, bei Herzland.

Zirndorf. Sonntag, den 14. Sept., Nachmittag 10 Uhr, bei Geßwirth Simon Steg.

Berlin. Die Bibliothek ist wieder eröffnet.

Bremen. Zu der Generalversammlung am 30. Sept. wurde der Kollege F. Janisch aus Langenfelde als Käffter gewählt.

Bonatz. Sonnabend, den 20. September, 10. Feiernszeit Theater, Konzert und humoristische Vorträge. Eintritt pro Person 25 Pf.

Dresden. Die Herberge im neuen Dresdener Volks-

haus, Martinistraße 13, Nähe des Bettiner Bahnhofes, ist eröffnet. Betten, wie Badeeinrichtung und Desinfektionsapparate nach dem neuesten und modernsten Stil.

Hamburg-Altona-Harburg-Gergedorf. (Festenhaus.) Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Betriebsmächtigen C. Schweer, Gänsemarkt 35, I. Etage. Morgens von 9—11 Uhr und Nachmittags von 4—8 Uhr. Umschauen streng verboten. Alle Anstrengungen sind zu richten an den Betriebsmächtigen Ludwig Rudolph, Hamburg, Rastattien-Wilsestr. Nr. 36, II. Etage.

Karlsruhe. Sonntag, den 14. September, Morgens 10 Uhr, Zusammenkunft im Lokal.

Karlsruhe. Unentgeltlicher Arbeitsnachweis im Gasthaus zum Storch, Gartenstraße 4.

Kiel. Arbeitsnachweis der Feilenhauer für Kiel und Umgegend v. S. Lehmberg 8.

Kiel. Arbeitsnachweis der Klempner für Kiel und Umgegend im Bureau der Verwaltungsstelle Kiel, Bergstraße 11.

Königshütte. Bertrauensmann A. Diesel, Gartenstraße 61. Marken und Zeitungen sind bei derselben jeden Abend von 7—8 Uhr, sowie Sonntag Vormittags von 10 bis 12 Uhr erhältlich.

Landsberg a/W. Reisegeld bei Paul Otto, Küstnerstraße 18, Hof 1.

Leerane. Verkehrslokal und Herberge „Thüringer Hof“ am Rothenberg, Umschauen streng verboten. Arbeitsnachweis Philippstraße 3/I. Täglich geöffnet bis Abends 8 Uhr.

München und Umgebung. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich bei Franz Ehrbar, Freibadstr. 17a, 1. Stock, München, Abends 6—8 Uhr. Umschauen streng verboten.

Stuttgart. (Feilenhauer.) Geschenkauszahlung Carl Schäfer, Wachtelstraße 43, part. Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 6—7 Uhr. Umschauen streng verboten.